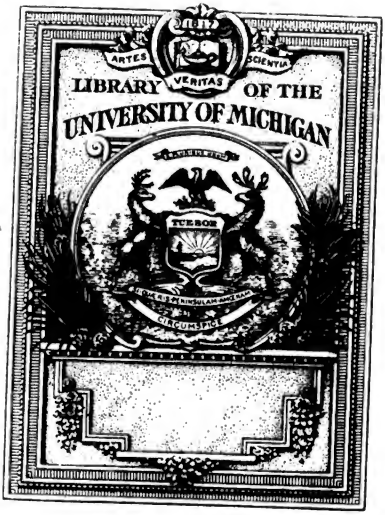
HF
2103
.W96
B 540375 DUPL

Digitized by Google



Digitized by Google

III c
IV. i. 50.

Zur Geschichte

des

deutschen Zollvereins.

Von

Dr. C. F. Wurm.

Jena,
Friedrich Frommann.

50
49.
25

Zur Geschichte

des

deutschen Zollvereins.

Zwei apokryphische Capitel und ein prophetisches.

Von

Dr. C. F. Wurm,
Professor in Hamburg.

Jena,
Friedrich Frommann.
1841.

Digitized by Google

HF
2103
.W96

Digitized by Google

Geh. Arnold H. Price
6-75
9 3883-291

Vorwort.

Die nachstehenden Aufsätze (welche zuerst in der Leipziger Allgemeinen Zeitung abgedruckt waren, und jetzt, mit Zustimmung der Redaction, gesammelt erscheinen) beschäftigen sich größtentheils mit der politischen Bedeutung des deutschen Zollvereins.

In der letzten Zeit, zumal bei Gelegenheit der Zeitungspolemik gegen Frankreich, ist mehrfach darauf hingewiesen worden. Aber, ob es nun stillschweigendes Übereinkommen, ob es der Einfluß der Censur war (was in einem Lande der Censur sich nie recht wissen läßt), ausschließlich fast nur jene, die Lichtseite unsrer deutschen Verhältnisse ward hervorgehoben.

Mag man immerhin, so lange die Wahrscheinlichkeit eines Krieges nicht ganz beseitigt ist, die Gebrechen unsrer öffentlichen Zustände nur mit schonender Hand berühren. Nur möge man nicht ganz davon schweigen. Es wäre zwecklos; noch mehr, es wäre gefährlich.

Zwecklos: denn das Ausland kennt jede Stelle, wo wir verwundbar sind, auch wenn wir nicht davon reden. Je ängstlicher wir sie bedecken, desto mehr verrathen wir den Sitz des Übels, und vergrößern nur die Vorstellung von dessen bedenklicher Beschaffenheit. Daher denn die höhnende Frage, was denn eigentlich die öffentliche Meinung in Deutschland,

Digitized by Google

wo sie zu suchen sei, wo sie denn frei und unbefangen sich aussprechen dürfe? Wie sollen wir darauf antworten, wenn wir nicht wenigstens soweit mit der Sprache herausgehen, als wir nicht gradezu durch force majeure uns gehemmt sehen? Das Schönreden, das überall nicht viel bedeutet, hat vollends keinen Werth, es weckt Überdruß und rechtfertigt jeden Zweifel, wenn es immer, oder doch allermeistens, nur allein zum Wort kömmt.

Gefährlich wäre es in hohem Grade, wenn wir über das Ungenügende in den öffentlichen Verhältnissen uns selbst verblenden wollten. Nur wenn wir beides, unsrer Schwäche und unsrer Stärke, uns klar bewußt sind, nur dann können wir ein Recht haben zu der Hoffnung, daß der Unstern früherer Kriege, daß die Schmach früherer Friedensschlüsse uns erspart bleiben werde.

In diesem Sinn schien es an der Zeit, die Bedeutung des Zollvereins im Contrast mit andern Entwickelungen unsres politischen Lebens zu beleuchten.

Einer Entschuldigung mag es bedürfen, wenn unter dem lauten und lebhaften Durcheinanderreden auch eine so schwache Stimme vernommen zu werden hofft. Sie würde sich nicht vorgedrängt haben, wenn nicht Manche, die von demselben Standpunct aus mehr und Besseres zu sagen vermöchten, von der Besprechung der heutigen Zustände sich mehr und mehr zurückzuziehen schienen.

Übrigens lehnt sich die hier versuchte Auffassung an eine historische Parallele.

Wer unsre vaterländische Geschichte kennt, den erinnert die Betrachtung der letzten fünf und zwanzig Jahre in manchen Stücken an die ersten Jahrzehente nach dem westphälischen Frieden.

Digitized by Google

Bald genug war die Entdeckung gemacht, daß im Friedensschluß die Reichsverfassung nicht hinlänglich ausgebildet worden, um Deutschland gegen innere und äußere Gefahren sicher zu stellen. Die Landeshoheit erstarkte auf Kosten der Einheit des Reiches und der staatsbürgerlichen Freiheit. Eine, in Deutschland unerhörte, Ausdehnung des landesherrlichen Besteuerungsrechtes scheiterte nur an dem Veto des Kaisers. Der Streit der Confessionen erneuerte sich; eine katholische Reaction gab sich kund durch den Übertritt angesehener Protestanten. Und während Europa von einem Ende bis zum andern durch Frankreichs unruhigen Ehrgeiz aufgeregt war, schien der Rechtszustand im Reich seiner Auflösung entgegenzugehen.

Viele verzweifelten an der Herstellung einer deutschen Einheit; Andere suchten in fremden Bündnissen einen Stützpunct für die Selbstständigkeit einzelner Gebiete.

Unter solchen Umständen schrieb Leibnitz seine „Bedenken, welchergestalt Securitas publica auf festen Fuß zu stellen" (Deutsche Schriften 1, 151). Hätte Guhrauer auch nur diese Schrift an's Licht gebracht (er hat aber viel mehr gethan), so würde er sich ein großes Verdienst erworben haben.

Leibnitz verzweifelte an der Reichsverfassung, nicht aber an der deutschen Einheit. Er schlug ein Rettungsbündniß vor, innerhalb des Reichs. „Nun es lieget nur am Wollen," sagt er, „doch nicht nur Eines, auch nicht Aller, sondern Vieler."

Indem er den Vorschlag motivirt, der denn den damaligen Verhältnissen specieller angepaßt ist, schildert er mit starken Farben den Stand der Dinge. Daß diese Farben nicht zu stark aufgetragen sind, haben die Begebenheiten bewiesen, die er selbst noch erlebt. „Es hat nie so schlecht gestanden,

Digitized by Google

und hanget gewißlich das Corpus Imperii anjetzo kaum mit einem seidnen Faden zusammen, also daß wir uns ein wenig bewegen dürfen, ihn vollends zu zerreißen." Dann, als ob er es der Muttersprache nicht anvertrauen wollte, fährt er auf Lateinisch fort, von dem Staatsgeheimniß zu reden, das unter die Leute gekommen, daß auf dem Reichstag, nach jahrelangen Sitzungen, mit aller Anstrengung nichts auszurichten, daß das oberste, das letzte Heilmittel ein vergebliches sei.

„Deutschland," heißt es weiter, „wird nicht aufhören, seines und fremden Blutvergießens Materie zu sein, bis es aufgewacht, sich recolligirt, sich vereinigt und allen Freiwerbern die Hoffnung, es zu gewinnen, abgeschnitten ..... Ich wünsche, Gemüther zu finden, so endlich aufwachen, in sich gehn, und erkennen, daß alsdann Jedem insonderheit wohl sei, wenn's insgemein wohl gehet, daß gemeine Ruhe ohne Einigkeit, Einigkeit anjetzo ohne Allianz, Allianz, so durch Gegen-Allianz nicht unterbrochen, ohne Impartialität und Jedermann gefälligen Zweck nicht zuwege zu bringen, da sie aber zuwege gebracht, mit Gottes Hülfe auch vermittelst auf's Äußerste differirender Gemüther zu einem heilsamen Zweck und Ziel zu bringen sei."

Wer weiß nicht, daß Leibnitzens Entwurf im Cabinet eines Fürsten liegen blieb, daß die Deutschen seiner Zeit zu einem „heilsamen Zweck und Ziel" nicht zu vereinigen waren, daß das Reich, langsamer wohl als er dachte, aber unaufhaltsam seinem Schicksal entgegenging?

Aber das Band der Einheit, das er suchte, ist in unsern Tagen, vor unsern Augen ist es geknüpft worden. Der deutsche Zollverein, der den „Jedermann gefälligen Zweck" voranstellte, hat, innerhalb des Bundes, die größte nationale Bedeutung entfaltet.

Digitized by Google

Das Ausland hat diese Thatsache anerkannt. Außer den Schriften, die in den nachfolgenden Aufsätzen mehr oder minder ausführlich besprochen sind, ist noch die fleißige und gewandte Darstellung von P. A. de La Nourais und E. Bères*) hier auszuzeichnen. Und Michel Chevalier, in seiner Rede vom 28. April, ruft, noch ganz erfüllt von dem Eindruck, den sein Besuch in Deutschland im vorigen Spätjahr ihm darbot: „In der europäischen Politik weiß ich nichts Merkwürdigeres, als die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Welch ein prächtiges Gemälde: das eines großen Volkes, dessen Trümmer sich nähern, und das zur Nationalität, das ist, zum Leben zurückkehrt! Das ist eine Thatsache von solcher Bedeutung, daß, wenn sie vollständiger wäre, sogleich ein neuer Schwerpunct des europäischen Gleichgewichts daraus erfolgen würde."

Nun, sie wird sich vervollständigen. Seitdem diese Blätter in den Druck gegeben sind, hat sich die Aussicht auf den Anschluß Braunschweigs eröffnet. Sehr folgenreich kann dabei der Umstand werden, daß dann im Norden nur noch die Küstenstaaten unverbunden dastehn. Dieser ihrer Stellung wird die deutsche Seeküste sich bewußt, eine Verständigung mit dem Zollverein, die der Vereinigung jedenfalls vorangehen muß, wird beiden Theilen ein unabweisbares Bedürfniß werden. Im Verlauf solcher Erörterungen werden die Interessen der deutschen Schifffahrt, wird die Vertretung Deutschlands auf den Meeren und auf den überseeischen Plätzen, wird die Beziehung zwischen den Gebieten des Rheins, der Weser und der Elbe in festeren Zügen zur Anschauung kommen. Dann wird auch die eigenthümliche Stellung der

*) L'association des douanes allemandes, son passé, son avenir. Paris, 1841. Paulin. 208 S. u. 3 Karten.

Digitized by Google

deutschen Hanseſtädte gewürdigt werden, und ihre bisherige Handelspolitik, anſtatt ſie zu verkennen, wird man der Aufgabe angepaßt finden, die ſie als Deutſchlands größte Ausfuhrhäfen zu löſen haben, einer Aufgabe, die durch Gleichgültigkeit und Zollverwirrung des Binnenlandes nicht wenig erſchwert war; man wird einſehen, daß der Zollverein auf den Puncten, welche die Natur ſelbſt bezeichnet hat, ſeine Freihäfen gründen müßte, wenn ſie nicht, in langer Erfahrung und treuer Übung erſtarkt, bereits zur Hand wären.

Ein richtiges, vaterländiſches Gefühl hat längſt die Erreichung des deutſchen Meeres als das Ziel des Zollvereins genannt. Laßt nur dies Gefühl Hand in Hand gehn mit wohlgeprüfter Erfahrung; ſchwellender Segel und ſichrer Anker bedarf das Fahrzeug, das Ihr den Meereswogen übergeben wollt. Nicht von geſtern her ſind die Inſtitutionen, um deren Erhaltung oder Vernichtung es ſich handelt, unter deren Schutz die Städte, wenngleich dem Mißverſtändniß vielfach preisgegeben, und der Gewalt gegenüber faſt wehrlos, doch mächtig genug waren, dem Welthandel die willkommene Stätte zu bereiten. Sie ſind das Werk einer Thätigkeit, „die nicht ermattet — die langſam ſchafft, doch nie zerſtört.“ Während in dem getrennten Vaterland wechſelnde Laune noch über den Zollſchranken waltete, haben die Städte unverrückt an den Grundſätzen feſtgehalten, die ſie aus erprobter Einſicht geſchöpft. Was ſie von dem einigen Vaterland anzuſprechen haben, iſt nur dies, daß kein Opfer von ihnen begehrt werde, das für das Ganze fruchtlos ſich ausweiſen würde; iſt doch ihr eignes Gedeihen bedingt durch ihre Fähigkeit, dem Vaterlande zu dienen. Mag denn in fernen Welttheilen der Nimbus allmälig ſchwinden, der die iſolirten Namen der Hanſeſtädte umfließt; mag über den Einzelflaggen ein gemeinſa-

Digitized by Google

mes Symbol auf allen Meeren wehen; kein Einzelstaat des Bundes soll eine höhere Ehre kennen, als dem deutschen Namen zugezählt zu sein.

— Ein Gerücht ist neulich aufgetaucht, das den Zollverein im Südosten durch den Anschluß der österreichischen, zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen ergänzen wollte. Es hat sich nicht bestätigt, und wird schwerlich in Erfüllung gehen. Die Combination ist mindestens nicht mit Nothwendigkeit in den beiderseitigen Interessen begründet.

Politisch betrachtet, würde der Beitritt einer zweiten Großmacht den Zollverein nur scheinbar verstärken; die freie Bewegung würde durch zusammengesetztere Formen erschwert, die Einheit möchte durch ein Schwanken der Mindermächtigen nicht weniger, als durch die denkbare Bildung einer eignen, dritten Partei (wenn von Parteien hier die Rede sein könnte) gefährdet werden.

Was den Einfluß Österreichs in Deutschland betrifft (sofern es irgend Werth darauf legen kann), so ist ihm dieser Einfluß, um bei den materiellen Interessen stehen zu bleiben, schon durch die Herrschaft über das Donaugebiet gesichert.

Aber eben dies Verhältniß, der Donauverkehr in seinen Beziehungen zu den Stromgebieten des Rheins und der Elbe, bietet den Stoff zu einem Handelsvertrag zwischen Österreich und dem Zollverein. Für Österreichs Weltstellung, für seine orientalische Politik, kann es nur erwünscht sein, wenn die Volksstimmung, die den abenteuerlichen Gedanken eines russischen Protectorats in Deutschland mit Unwillen verworfen hat, auch durch ein directes, nationales Interesse unterstützt wird, indem die Donaustraße dem deutschen Kunstfleiß den großen Markt Westasiens zugänglich macht. Österreich hat Jahrhunderte hindurch unsrem Wahlreich seine Kaiser gege-

Digitized by Google

ben; denn es war eine Vormauer der Christenheit gegen die Heereszüge der Türken. Jene Krone ist zerbrochen; auch der Halbmond ist erbleicht. Nicht erloschen ist die Anhänglichkeit der Deutschen für Österreich. Sie wird bestehen, so lange Österreich, ernst und fest, der russischen Macht gegenüber, Europas öffentliches Recht vertritt und Europas Gleichgewicht bewahrt.

Hamburg, 20. Mai 1841.

C. F. Wurm.

Digitized by Google

I. Darstellung eines Franzosen.

Seitdem das Ausland der großen Thatsache des deutschen Zollvereins von fern ansichtig geworden, erschöpft es sich in Vermuthungen über den eigentlichen Ursprung der ungewohnten Erscheinung. Diese Vermuthungen sind für uns nicht eben sehr schmeichelhaft. Daß die Deutschen sich zusammenthun und für gemeinsame Interessen ernstlich zusammenwirken; daß Einheit an die Stelle der Trennung, daß Nationalität an die Stelle der Eifersucht treten soll, das findet man ganz und gar nicht in der Ordnung. Man sagt, es laufe schnurstracks den Traditionen des Reichs zuwider, und den Erinnerungen des Rheinbundes, und auch so manchen neuern Vorgängen, seitdem nämlich jenes „föderative Band" uns umschlingt, das zuerst im pariser Frieden (man weiß, wie lose damals und wie locker) für die „Staaten Deutschlands" geschürzt worden. Um so zuversichtlicher schließt man denn, es müsse irgend ein geheimer Einfluß und mehr als Ein verdeckter Beweggrund im Spiele gewesen sein. Indessen, was nicht schmeichelhaft ist, kann doch vielleicht lehrreich sein. Urtheile des Auslandes über unsere öffentlichen Zustände sind es fast immer. Entweder wir müssen sie, wenn auch ungern, als begründet anerkennen, oder wir sind doch veranlaßt, uns Rechenschaft darüber zu geben, ob Ungunst und Sorglosigkeit der Fremden allein die Schuld trägt, daß wir so misverstanden werden konnten.

Digitized by Google

Herr Molineau hatte sich seit fünf Jahren mit der Förderung eines Projects zur Verbindung des Rheins und der Donau beschäftigt, von welchem er für den europäischen Handel die größten Erfolge verheißt, während es doch geringere Schwierigkeiten in der Ausführung darbiete als diejenigen, die bei manchem französischen Kanale wirklich überwunden worden. Auf seinen Reisen in Deutschland machte er die Entdeckung, daß der Zollverein eine vortreffliche Sache sei für die deutschen Interessen, aber verderblich für die französischen. Diesen Gedanken bemühte er sich, dem französischen Ministerium mitzutheilen, und als dieses ihn nicht hören wollte, der Deputirtenkammer, endlich, als er auch hier keinen Anklang fand, dem Publicum.

Im Juni 1839 ließ er (bei J. Roering im Haag, wo er sich eben aufhielt) eine Denkschrift drucken, die ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, unter dem Titel: „L'union commerciale allemande, dans ses rapports avec la France." In der That, es war hohe Zeit, wenn noch etwas geschehen sollte. Wenn bis zum 1. Jan. 1840 nicht gekündigt ward, so dauerte der Zollverein vertragsmäßig, vom 1. Jan. 1842 an gerechnet, noch fernere zwölf Jahre fort. Wie es anzugreifen sei, um den Zollverein zu trennen, das zu ermitteln, sagt Hr. Molineau, sei ausschließend die Sache der Administration (natürlich der französischen). Aber groß würde das Verdienst des Staatsmannes sein, der den Nachtheil wieder ausgleichen würde, welchen die Handelspolitik der Restauration den französischen Interessen in Deutschland zugefügt, und Jeder müßte stolz darauf sein, an eine so wichtige Maßregel seinen Namen zu knüpfen. Da nun jenes Verdienst bis jetzt unauffindlich, und diese Ambition (wenn sie irgendwo vorhanden war) ohne Erfolg geblieben ist, so kann man um so ruhiger zu den Aufschlüssen sich wenden, welche Hr. Molineau über die Entstehung des Zollvereins zu geben verspricht.

Nach Hrn. Molineau sind es Frankreich und Rußland, deren Politik, in sehr verschiedenem Sinne, den deutschen Zollver-

Digitized by Google

ein in's Leben gerufen hat. Frankreichs hoher Tarif bedrückte und reizte die Süddeutschen. Im Jahr 1824 machte der König von Würtemberg, unter irgend einem Vorwand, einen Besuch in Paris. Sein wirklicher Zweck war, eine Ermäßigung der französischen Zölle zu Gunsten seines Landes zu verlangen. Er sah Hrn. v. Villèle, richtete aber nichts bei ihm aus. „Wohl!" sagte er, „wohl! Hr. Graf, wir werden Repressalien gebrauchen." Hr. Molineau hat anzumerken vergessen, ob der Graf Villèle oder der König von Würtemberg ihm diese Anekdote erzählt hat. Darauf, fährt er fort, habe Würtemberg mit Baiern am 28. Jul. 1824 über die erste Grundlage eines Zollvereins sich verständigt.

Es fragt sich nun, warum dieser Verein, außer den beiden Hohenzollern, keine weitere Ausdehnung gewinnen konnte. Auch darauf hat Hr. Molineau die Antwort bereit. Die nordischen Cabinete blickten nicht ohne Unruhe auf das, was im Süden von Deutschland vorging. Rußland und Preußen erinnerten sich, welche Haltung ihnen gegenüber Österreich auf dem wiener Congreß angenommen, und wie nur der 20. März den gegenseitigen Streitigkeiten ein Ende gemacht. Österreichischen Einfluß habe man geglaubt in der Annäherung zwischen Baiern und Würtemberg zu erblicken. Diese beiden Staaten würden im Stande sein, im Süden Deutschlands dem preußischen Einflusse die Waage zu halten, während Österreich in Italien beschäftigt sei. Noch ein anderer Umstand habe den nordischen Mächten Besorgnisse eingeflößt. Würtemberg habe durch die Entwickelung der constitutionellen Ideen ihre misliebige Aufmerksamkeit längst auf sich gezogen. Wie, wenn Würtemberg, an der Spitze eines Bundes von constitutionellen Staaten, den liberalen Ideen in Deutschland einen kräftigen Anhalt gewähren wollte? Diese Besorgnisse habe Rußland besonders dem berliner Cabinet sehr drohend geschildert. Zu gleicher Zeit habe man Alles gethan, die übrigen süddeutschen Staaten vom Beitritte zu dem bairisch-würtembergischen Verein abzuschrecken. Man habe ihnen die Gefährdung ihrer Selbstständigkeit,

Digitized by Google

ja den Untergang ihrer souverainen Existenz im Hintergrunde des neuen Systems gezeigt. Baden namentlich sei in Schrecken versetzt worden, indem die Vereinigung von Würtemberg und Baiern leicht zur Wiederaufnahme der Ansprüche führen könnte, welche Baiern, auf den rieder Vertrag gestützt, früher erhoben, und welche durch die vermittelnde Thätigkeit des aachner Congresses vielleicht doch nicht so ganz beseitigt sein möchten. Zu mehrer Sicherheit indessen sei man noch auf ein anderes Mittel bedacht gewesen, den Absichten Würtembergs entgegenzuarbeiten. Hr. v. Nagler, „ebenso tüchtig in der Diplomatie wie im Verwaltungsfache," sei, in Folge neuer in Berlin angebrachter Vorstellungen, nach Petersburg entsendet, und daselbst sei, „nach langen und zahlreichen Conferenzen," der Entwurf des Projects, sowie es seitdem zur Ausführung gebracht, festgestellt worden. Das Project ist — der preußische Zollverein.

Man sieht, dies alles ist nicht übel gedacht. Was der Darstellung eine Farbe der Wahrheit zu verleihen scheint, ist besonders das Verhältniß Würtembergs um das Jahr 1823, das seitdem der Geschichte anheimgefallen ist. Man erinnert sich der vom Grafen Winzingerode unterzeichneten Note über die Circulardepesche des Congresses von Verona, der Abreise der Gesandten dreier Großmächte von Stuttgart, der letzten Abstimmungen des Hrn. v. Wangenheim und seiner Abberufung von Frankfurt. Ebenso ist leicht zu glauben, daß in jener Zeit noch von den bairischen Irrungen her in Baden ein Stachel zurückgeblieben sein mag. Um so größer mußte das Gewicht anderer Betrachtungen sein, welche die kleinern Staaten Süddeutschlands vom Beitritte zu dem bairisch-würtembergischen Vereine zurückzuhalten geeignet waren. Verhehlt doch selbst Nebenius in seiner Denkschrift (1833) die Gefahr nicht, die aus einem solchen Schritte für Baden entspringen konnte, daß „ein drückendes Übergewicht förmlich anerkannt oder der That nach hätte ertragen werden müssen." Dieses entschiedene Übergewicht von Baiern und Würtemberg falle weg, be-

Digitized by Google

merkt Nebenius weiter, und nicht die mindeste Besorgniß sei vorhanden in dem *größern Vereine*, sowie er seit 1833 sich gestaltet.

Indessen, wie leicht auch diese Verhältnisse unter dem von Hrn. Molineau bezeichneten Gesichtspuncte sich zurechtlegen lassen, so müssen doch auch andere nicht minder unbezweifelte Thatsachen angeführt werden, welche wenigstens die Verhandlungen in Süddeutschland und die von Würtemberg ergriffene Initiative in ein anderes Licht stellen.

Einmal: die Verhandlungen vor 1824 sind nicht zu übersehen. Sie waren von Darmstadt aus angeregt, und sie wurden, was bekannt genug ist, in Darmstadt gepflogen. Bereits 1820, bei Gelegenheit der wiener Ministerialconferenzen, aus welchen die Schlußacte des deutschen Bundes hervorging, wurden Baden und Nassau von der großherzogl. hessischen Regierung zu gemeinsamen Berathungen über die Handelsverhältnisse aufgefodert. Bereits am 19. Mai 1820 kam noch in Wien selbst eine Punctation zu Stande, die den darmstädtischen Verhandlungen zur Grundlage diente, woran Baiern, Würtemberg, Baden, Großherzogthum Hessen, Nassau, die großherzogl. und herzogl. sächsischen und die fürstlich reußischen Häuser Theil nahmen, und denen später Kurhessen, Waldeck und beide Hohenzollern beitraten. Darmstadt war es auch, das zuerst von den Verhandlungen (in einer Circularnote vom 3. Jul. 1823) sich lossagte. Für hohe Zölle, so wie sie etwa für den Schutz der Industrie oder zur Retorsion gegen das Ausland gewünscht werden konnten, hatte sich vorzugsweise Baiern erklärt, während Baden besonders mäßigen Zöllen das Wort redete und bei der Mehrzahl der übrigen Staaten, die demnach jenen Zwecken fremd war, mit seinen Anträgen Eingang zu finden schien.

Zweitens: der Zollvertrag vom 24. Jul. 1824 zwischen der Krone Würtemberg und den Fürstenthümern Hohenzollern kündigte sich selbst an als eine vorläufige und partielle Vollziehung

Digitized by Google

des Vertrags vom 19. Mai 1820. Was Hr. Molineau als einen ersten überraschenden Schritt bezeichnet, was nur durch die Hartnäckigkeit des französischen Ministers veranlaßt sein soll, war also die Fortsetzung und theilweise die Ausführung früherer Bestrebungen. Übrigens beruht es wol nur auf einem Misverständnisse, wenn Hr. Molineau auch Baiern schon am 24. oder, wie er schreibt, am 28. Jul. 1824 sich anschließen läßt. Der vorbereitende Handelsvertrag Würtembergs mit Baiern datirt vom 12. April 1827, der definitive Vertrag der Zollvereinigung vom 18. Jan. 1828.

Dieses Jahr 1828 war überhaupt ein wichtiges für die Geschichte der deutschen Handelspolitik. Am 14. Febr. 1828 schloß Hessen-Darmstadt mit der Krone Preußen ab; am 24. Sept. desselben Jahres ward der mitteldeutsche Handelsverein gegründet, mit seiner negativen und schon darum verfehlten Tendenz.

Drittens: es ist ganz richtig, daß die Versuche scheiterten, die in den stuttgarter (später nach München verpflanzten) Verhandlungen gemacht wurden, auch andere süddeutsche Staaten herbeizuziehen (Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau). Nebenius bezeugt, daß Würtemberg zwischen dem badischen Grundsatz einer mäßigen Besteuerung und dem bairischen Begehren eines höhern Tarifs zu vermitteln suchte. Diese vermittelnde Stellung aber paßt nicht zu der Voraussetzung einer eindringlichen, gegen das Ausland beabsichtigten Retorsion.

Es versteht sich von selbst, daß diese rein historischen Bemerkungen weder die Absicht noch die Wirkung haben können, das Verdienst der würtembergischen Bestrebungen in den Augen der Deutschen irgendwie zu schmälern. Auch soll hier nicht entschieden werden, ob das nähere Anschließen einer Anzahl von constitutionellen Staaten den Nachtheil überwogen haben würde, den eine schärfere Trennung zwischen dem Norden und Süden mit sich geführt hätte. Es handelt sich nur um den Einfluß, den Frankreich geübt haben soll, um die Annahme, daß die Deut-

Digitized by Google

schen nichts beginnen könnten, ohne von den Franzosen gestachelt zu sein. Der Graf Villèle hat Sünden genug zu verantworten, seine Landsleute brauchen ihm nicht auch diese noch aufzubürden, daß er grade, und er allein, ihnen den deutschen Markt verscherzt habe.

Über die große Lücke in der Geschichte des Zollvereins von 1828—33 hat uns Hr. Molineau, wie es scheint, nichts anzuvertrauen. Dagegen hat er eine Erklärung zur Hand für den Beitritt der meisten süddeutschen und mitteldeutschen Staaten im Jahr 1833. Die Julirevolution, sagt er, habe bei den deutschen Völkern zuerst große Sympathien erweckt; bald aber sei die Besorgniß vor einem Angriffe der kriegslustigen Franzosen mächtiger geworden als die politische Sympathie. Diese Besorgniß sei zwar, Dank der gemäßigten Politik des Cabinets der Tuilerien, nach wenigen Jahren wieder beseitigt worden, aber doch nicht eher, als bis sie ihre Wirkung gethan. Die Souveraine der kleinen Staaten, erschreckt durch den drohenden Aufschwung der demagogischen Ideen, haben sich dem Bunde genähert, der seinerseits durch die Großmächte beherrscht sei. Die Furcht vor einem Kriege mit Frankreich habe das Bundesheer organisirt und die kleinen deutschen Fürsten getrieben, einen Stützpunct bei den Mächtigern zu suchen.

Dies ist, in der Unterstellung des Hauptmotivs, wieder ungemein französisch; aber es ist zugleich sehr unklar. Es ist offenbar die Rede von den Bundesbeschlüssen von 1831 und 1832. Allem Anschein nach will Hr. Molineau sagen, die Stimmung der Völker habe die Fürsten bewogen, sich dem Bunde zuzuwenden. Aber von den Völkern sagt er einmal über das andere, sie würden jeden Fremden, der die deutsche Grenze berührt haben würde, als Feind empfangen haben. Ausdrücklich versichert er, in Deutschland seit 1830 mehrfach gehört zu haben, wenn die Russen die Grenzen ihrer polnischen Provinzen überschritten hätten, so würde ganz Deutschland ebenso gut gegen sie sich erho-

Digitized by Google

ben haben als gegen die Franzosen, wenn diese an den Rhein gezogen wären. Hoffentlich hat er recht gehört; hoffentlich besteht noch heute und wird immer unter uns dieselbe Stimmung fortbestehen.

Aber wenn es sich wirklich so verhielt, so müßte man nach Hrn. Molineau's Darstellung zu dem Schlusse kommen, die Stimmung der Völker sei im Jahr 1832 identisch gewesen mit der Politik der Fürsten. Die Fürsten fürchteten den Krieg mit Frankreich; die Völker waren nicht minder fest entschlossen, jedem französischen Angriffe gegenüber die Selbstständigkeit deutscher Gebiete zu vertheidigen. Die Fürsten wendeten sich dem Bunde zu; man sollte denken, die Völker hätten dasselbe thun müssen, wenn beim Bunde die Sicherheit gegen einen französischen Angrif zu suchen war. Aber Niemand wird behaupten wollen, daß die Völker in jenen Jahren sich dem Bunde zugewendet, und Jedermann weiß, daß die Bundesbeschlüsse jener Jahre zum guten Theil von ganz andern Dingen handeln als von auswärtiger Politik. Indem Hr. Molineau Frankreich und immer nur Frankreich vor Augen und im Herzen hat, übersieht er ganz das andere Element, das in jenen Jahren Deutschland bewegte, das die Völker beseelte und den Bund beschäftigte. Nein, so ganz inhaltleer war die öffentliche Meinung denn doch nicht, daß sie durch den Gedanken an Frankreich ganz und gar wäre ausgefüllt worden. Es ist überflüssig, und es wäre wenig erfreulich, zu sagen, in welches Verhältniß die öffentlichen Maßregeln sofort zur öffentlichen Meinung sich stellten. Aber kein Mensch wird behaupten wollen, Dasjenige, was Hr. Molineau die Annäherung der Fürsten an den durch die Großmächte beherrschten Bund zu nennen beliebt, sei durch den Wunsch der Völker eingegeben worden.

Vollends unklar ist der Übergang von den Beschlüssen des Jahres 1832 zu den Verträgen, wodurch im folgenden Jahre der deutsche Zollverein sich gestaltete. Hr. Molinau scheint zu vergeß-

Digitized by Google

sen, daß der deutsche Bund nicht der Zollverein ist, und daß zu den Großmächten, welchen er die Herrschaft im Bunde zuschreibt, auch Österreich gehört. Doch lenkt er ein und sucht sich zu helfen, wie folgt: „Rußland, das man 1827, 1828 und 1829 abzustoßen begonnen hatte, erschien wieder 1830, mit dem Versprechen, seine Heerhaufen als Schützer des deutschen Bundes gegen die französischen Revolutionnairs darzubieten. Man begreift, daß unter dem vorherrschenden Einflusse dieser politischen Befangenheit und der bewaffneten Centralisation der Gedanke eines getrennten Handelsvereins im Süden und eines andern im Norden verschwinden mußte; und ungeachtet der geheimen Bestrebungen des wiener Cabinets wußte Preußen sich seiner Stellung zu bedienen, um die erwünschte Concentration zu erreichen."

Neue Verwirrung der Begriffe. Will Hr. Molineau etwa sagen, Preußen habe durch seine Verbindung mit Rußland eine bessere Sicherheit gewährt als Österreich? Aber bedurfte es denn irgend der „russischen Heerhaufen," um sich Frankreichs zu erwehren? War nicht grade Österreichs Verhältniß zu Frankreich seit 1830 die beste Garantie gegen den Krieg? Welche unselige Verblendung schreibt Hr. Molineau den deutschen Cabineten zu, wenn er andeutet, sie hätten mit der Sicherheit, die die Stimmung der Völker, die der Bund und die Politik der Großmächte im Bunde gewährte, sich nicht begnügt, sie hätten Schutz gesucht bei den „russischen Heerhaufen," und darum seien sie — dem preußischen Zollverbande beigetreten! Welche Verblendung schreibt er ihnen vollends zu, da er selbst versichert, das Erscheinen russischer Heerhaufen diesseit der polnischen Grenze wäre das Zeichen zum Aufstand aller deutschen Bevölkerungen gewesen! Welche Aufnahme hätten die Cabinete für die Verträge von 1833 sich versprechen dürfen, wenn der Gedanke an die russischen Heerhaufen irgendwie damit in Verbindung gebracht worden wäre!

So unvollkommen, wie Hr. Molineau mit den Ereignissen und der Stimmung des Jahres 1832 bekannt ist, kann es kaum

Digitized by Google

befremden, wenn ein anderer Gesichtspunkt ihm entgangen ist. Die Wunden, welche die Beschlüsse von 1832 geschlagen, konnten nur durch die Verträge von 1833 geheilt werden. Vielleicht ist manchem deutschen Leser diese Ansicht nicht geläufig. Vielleicht wird die Befangenheit einer staatsrechtlichen Theorie uns den Antheil entgegenhalten, den Preußen bekanntlich an der Vorbereitung der Beschlüsse vom 28. Jun. 1832 genommen, und den andern Umstand, daß durch den Anschluß an den Zollverein ein großer Theil des Einkommens von den indirecten Abgaben dem ständischen Verwilligungsrecht entzogen ist. Allerdings, der Anschluß an Preußen und an den Zollverein mochte durchaus nicht als ein günstiges Zeichen für die Entwickelung des constitutionellen Princips in den einzelnen Staaten zu betrachten sein. Aber dieses Princip erschien durch die Thätigkeit des Bundes im Jahr 1832 afficirt, ohne daß der Bund die Mittel gefunden hätte, sofort den Völkern eine anderweitige Entschädigung anzubieten. Kann man das Eine nicht haben, so blickt man desto sehnsüchtiger nach dem Andern. Dies Andere gewährte der Zollverein, und zwar, wie dies jetzt über allem Zweifel durch die Erfahrung der Völker bethätigt ist, ein sittliches nicht minder als ein materielles Gut: neben der Förderung der Bodencultur, der Industrie, des Austausches und Verkehrs, zugleich das Bewußtsein der Einheit und der Nationalität, das in Deutschland allgemeiner und stärker sich regt, als in den Jahren 1816—1832 irgend Einer, der nicht zu den Schwärmern gezählt sein wollte, auch nur zu hoffen gewagt. Und wir stehen nur erst am Anfange der Periode, die, wie wir hoffen und wünschen, bestimmt ist, so manche noch frische, so manche vernarbende Wunde zu heilen. —

Eine Ahnung von Dem, was unter uns vorgeht, legt Hr. Molineau an den Tag, wenn er seinen Landsleuten ankündigt, es würde ganz vergeblich sein, die Politik Ludwig XIV. oder Napoleon's in Deutschland erneuern zu wollen. Auf einzelne

Digitized by Google

Cabinete wirken, sie gewinnen zu wollen, würde ganz unmöglich sein; man müsse suchen, die Interessen der deutschen Völkerschaften zu begünstigen, wenn man in Deutschland wieder einigen Einfluß zu erlangen wünsche.

Keine üble Lehre, aber auf eine charakteristisch französische Weise begründet. Hr. Molineau meint nämlich, durch die Beschlüsse von 1831 und 1832 sei der deutsche Bund so stark geworden, daß der Abfall eines Cabinets dadurch allein unmöglich erscheine. Er sagt wörtlich: „So lange die Bundesversammlung über irgend einen Fall sich nicht ausgesprochen, wird nach der neuern Organisation (!) jeder Einzelvertrag eines Bundesstaates unmöglich; die Souveraine könnten sich weder mit einer fremden Macht, die mit dem Bunde im Kriege begriffen wäre, noch selbst mit einem der Bundesstaaten (!) gegen den Bund verbünden, ohne daß die Völker oder die Soldaten ihrem Dienst entzogen würden (déliés). Diese sind im Augenblicke von ihrem Eide gegen einen Souverain losgezählt (dégagés), der dafür gelten würde, die Bedingungen des Grundvertrags verletzt zu haben." Das wäre also, nach Hrn. Molineau, die Auslegung, welche der §. 11 der Bundesacte durch die Beschlüsse von 1831 und 1832 gefunden!

Glaubt man wirklich jenseit des Rheins, Deutschland habe keine andere Garantie gegen die Erneuerung der Politik Ludwig XIV.? Glaubt man, es gäbe keine andere Abwehr undeutscher Gesinnung in Deutschland, als diesen oder jenen Paragraph der Bundesacte, in dieser oder jener Auslegung? Endlich, glaubt man, wie Hr. Molineau mit bestimmten Worten sagt, eine Begünstigung der Interessen der deutschen Völker, abseiten der französischen Gesetzgebung sei das einzige, das nothwendige Mittel, nicht etwa um vom Zollvereine Concessionen zu erhalten, sondern um Deutschland vor russischem Einflusse zu bewahren?

Digitized by Google

II. Hypotheſe eines Engländers.

Ein franzöſiſcher Schriftſteller ſucht, wie wir geſehen haben, den Entſtehungsgrund des Zollvereins in dem Drucke der franzöſiſchen Handelspolitik auf die deutſchen Intereſſen. Diejenige Wendung, durch welche, anſtatt eines ſüddeutſchen Vereins neben einem norddeutſchen, ein großer, die Mehrzahl der deutſchen Staaten umfaſſender Bund unter Preußens Vortritt zu Stande gekommen — dieſe im Jahr 1824 nicht vorauszuſehende Wendung der Dinge ſchreibt er dem ruſſiſchen Einfluſſe zu. Dieſen Einfluß zu brechen und jenen Bund zu trennen, der ſonſt für Frankreich die empfindlichſten Nachtheile bringen müſſe, ſei nicht anders möglich, als wenn man ſich entſchließe, durch eine Ermäßigung des franzöſiſchen Zollſyſtems die große und wohlbegründete Unzufriedenheit der Deutſchen zu beſeitigen.

Ein Engländer, Hr. Cargill in Newcaſtle, der von ſeinem nationalen Standpunct aus den deutſchen Zollverein betrachtet*), trifft mit den ihm, wie es ſcheint, unbekannt gebliebenen Reſultaten ſeines Vorgängers in Frankreich in zwei Puncten zuſammen. Auch er gelangt auf ganz anderm Wege zu der Überzeugung, daß ruſſiſcher Einfluß auf die Geſtaltung des deutſchen Zollvereins weſentlich eingewirkt habe, und viel weiter gehend als Hr.

*) An examination of the origin, progress and tendency of the commercial and political confederation against England and France, called the „Prussian League.“ By W. Cargill. (London 1840.)

Digitized by Google

Molineau, sieht er in dem Zollverein ein Werkzeug, mittelst dessen nicht allein in Europa, sondern selbst im fernen Asien der Handelsgröße seines Vaterlandes der Todesstoß bereitet werde. Aber Hr. Cargill behauptet zugleich, der Zollverein würde ganz unabhängig von dem englischen Zollsysteme zu demselben weitern Endzwecke gebildet worden sein, und eben darum bekämpft er auf das entschiedenste die Ansicht, die noch neuerdings durch Bowring's Bericht genährt worden, daß Zugeständnisse von Seiten Englands, daß die Aufhebung der Korngesetze oder die Gleichstellung des ostseeischen Bauholzes mit dem canadischen irgend dazu beitragen würden, die gegen England feindselige Haltung des deutschen Zollvereins zu versöhnen. Nur die Rückkehr zu der kräftigen, der nationalen Politik eines Chatham könne den Folgen vorbeugen, die, wie so manche Thatsache in und außer Europa, so insbesondere die Stellung des deutschen Zollvereins für Großbritannien in seinem Verhältnisse zu der russischen Macht herbeizuführen geeignet sei.

Ist uns die Bedeutung überraschend, die in der wichtigsten aller jetzt obschwebenden Fragen, in der orientalischen, uns Deutschen hier zugeschrieben wird? Sie kann es nur sein, weil grade in dieser Beziehung der Glaube an unsere politische Nullität bisher sich selbst übertroffen hat. Ist die Rolle sehr schmachvoll, die uns hier untergelegt wird, indem man uns sagt, daß wir ein willenloses, ein unbewußtes Werkzeug seien in den Händen einer undeutschen Macht, zu Zwecken dienstbar, die uns fremd und um die wir nicht gefragt worden? Nun, so möge unsere Entrüstung dazu dienen, uns aus der Gleichgültigkeit aufzurütteln, in welcher wir die orientalische Frage als eine Sache fremder Interessen, mit keiner andern Theilnahme als der des müßigen Zeitungslesers zu betrachten pflegten. Oder wäre der Beweis erst zu führen, daß diese Sache auch uns, und wie nahe sie uns angeht? Vielmehr würde es sehr schwer sein, irgend ein Gebiet deutscher Zunge nachzuweisen, das in seinen äußern und mate-

Digitized by Google

riellen Interessen von jener Frage nicht berührt würde. Ist es in den Donauländern? Aber Der verdiente nicht, an des Stromes Ufern zu wohnen, der sich nicht kümmerte um dessen Mündung. Ist es am Rhein? Aber Frankreich rüstet, in Folge einer Entschließung über die östliche Politik, der auch die beiden deutschen Großmächte beigetreten sind; und wie fest man auch den europäischen Frieden auf der Basis der diplomatischen Kunst, oder der gegenseitigen Befürchtungen, oder des allseitigen Geldmangels gegründet halten mag, jene Rüstungen haben nur einen halben Sinn, wenn sie nicht auf die Rheingrenze mit abzielen, die für jeden Gewitterstoff eine so große Anziehungskraft besitzt. Ist es an der Elbe oder Weser? Wohlan, der junge Vertrag der alten Hansestädte mit der Türkei zeigt dem deutschen Unternehmungsgeiste nächst der Donau noch eine zweite Wasserstraße nach Konstantinopel, nach Trebisond. Vor Allem aber, wir sind Deutsche, sind wir denn so unmündig, daß in einer Sache, die auch uns angeht, unsere Interessen allein verstummen, noch mehr, daß wir dazu schweigen müßten, wenn uns nachgesagt wird, wir seien in unbewußter willenloser Knechtschaft an fremde Interessen hingegeben?

Doch vielleicht ist die Anschuldigung von der Art, daß sie gar keine Beachtung verdient. Sehen wir zu, woher sie stammt. Hr. Cargill ist ein Freund und Schüler von Urquhart. Der Letztere hat bereits vor fünf Jahren im zweiten Hefte des British and Foreign Review die Ansicht niedergelegt, daß der Zollverein mit russischen Entwürfen zusammenhänge. Es mußte dies erwähnt werden, damit es nicht scheine, als wollten wir einer bizarren Idee, die irgend ein unbekannter Schriftsteller ausgeheckt hätte, eine sorgfältige Beleuchtung widmen.

Diejenigen, die den Bestrebungen Urquhart's gefolgt sind, wissen recht wohl, daß seine Combinationen, wie gewagt sie auch scheinen mögen, von einem nicht gewöhnlichen Maße von Scharfsinn Zeugniß geben. Die Ansicht, die er zuerst von der russischen

Digitized by Google

Politik aufgeſtellt, iſt ſeitdem, man darf ſagen die allgemeine, ſie iſt Vielen geläufig geworden, die ſich nicht beſinnen oder nicht beſinnen wollen, woher ihnen dieſes Licht gekommen. Manche ſeiner Gegner haben gradezu ſeine Behauptungen ſich angeeignet, ſoweit deren Anwendung mit ihren übrigen politiſchen Zuneigungen oder Abneigungen ſich irgend verträgt. Die Hauptſätze, von welchen die durch ihn geleitete „Agitation" ausgeht, ſind den Thatſachen, ſowie ſie in ſeiner Heimat vorliegen, nur zu ſehr angepaßt. Wenn er ſeine Landsleute einer läſterlichen Unwiſſenheit und Sorgloſigkeit in Verhältniſſen der auswärtigen Politik anklagt, ſo wird ihm, auf dem Feſtlande wenigſtens, Niemand leicht widerſprechen. Wenn er es für ein Unglück erklärt, daß das öffentliche Intereſſe in England ausſchließend nur den innern Parteiungen zugewendet iſt, daß jede Frage auch der auswärtigen Politik ſofort in den Strudel der Parteien hineingeriſſen wird, und daß über den Verſuchen einer Faction, ein Miniſterium, je nach der Farbe, die es trägt, zu halten oder zu ſtürzen, das wirkliche Sachverhältniß und der nationale Geſichtspunct nicht ſelten unbeachtet bleibt, ſo ſind auch dafür die Belege in der neuern parlamentariſchen Geſchichte nur zu häufig. So iſt es z. B. ausgemacht, daß in der Sache des Viren Mehre, die ſich gegen Lord Palmerſton's Benehmen ausgeſprochen hatten, für ihn ſtimmten, lediglich nur, um das Whigminiſterium nicht fallen zu laſſen; daß Andere nicht erſchienen, weil ſie nicht den Tories den Weg in's Miniſterium bahnen und doch auch nicht gegen ihre Überzeugung ſtimmen wollten.

Wenn Urquhart die Verwahrloſung der auswärtigen Politik, beſonders in der öſtlichen Frage, einem Cabinete nach dem andern zur Laſt legt, ſo ſind die Schlacht von Navarin, der Friede von Adrianopel, der Vertrag von Unkiar-Skeleſſi ſo viele redende Beweiſe. Was neuere Vorgänge anlangt, ſo bedurfte es nicht der mikroſkopiſchen Kritik, der er die Verhandlungen in Perſien und Afghaniſtan unterworfen hat, um darzuthun, daß die ent-

Digitized by Google

ſchiedenſte Überlegenheit auf Seiten der ruſſiſchen Diplomatie, Lord Palmerſton's Politik aber nicht beſſer iſt als ein ſchwankendes Rohr. Aber freilich, er geht einen Schritt weiter. Er glaubt in Lord Palmerſton's Maßregeln die deutliche Spur verrätheriſcher Abſichten zu entdecken. Er ſelbſt ſowol als ſein Freund Pariſh (früher Legationsſecretair in Athen) hat wiederholt dieſe Anklage mit offenem Viſir ausgeſprochen. Hr. Attwood hat im Auguſt 1839 die Sache im Parlamente zur Sprache gebracht. Das iſt die Rede, die jetzt erſt zur Kunde der franzöſiſchen Blätter gelangt, und die ihnen, im Unmuth über das Einverſtändniß der vier Mächte, nicht unwillkommen ſein mochte. Indeſſen beobachtet der Courrier français ſowol als der Siècle die Mäßigung, über Lord Palmerſton's Abſichten nicht urtheilen zu wollen, ein Beiſpiel, dem wir natürlich uns gern anſchließen.

Es iſt nicht übertrieben, was dieſe Blätter über den Erfolg von Urquhart's Miſſionsreiſen in den großen Handels- und Fabrikſtädten und über die zahlreichen Petitionen anführen, die im Sinne ſeiner Anſichten theils unterzeichnet und dem Parlament eingereicht, theils noch im Werke ſind. Aber ſie haben nicht geſagt, daß er alle Verſuche der Tories, ſeinen Scharfſinn und ſeine Kenntniſſe für ihre Parteizwecke auszubeuten, ſtandhaft zurückgewieſen hat, ein Umſtand, der ſeiner Feindſchaft gegen Lord Palmerſton das Gehäſſige nimmt, indem eine blos perſönliche oder gar eigennützige Erbitterung den Bund mit den politiſchen Gegnern des Miniſters ſchwerlich verſchmähen würde. Sie haben nicht geſagt, daß im vorigen Auguſt die Conſervativen ihm den Sitz im Unterhauſe für Marylebone (einen der Wahlbezirke von London) anboten, daß er aber erklärte, er könne es vor ſeiner Überzeugung nicht verantworten, als Vertreter irgend einer Partei aufzutreten; daß bei dieſer Gelegenheit ein Zufall ihm das Vertrauen einer Anzahl von Chartiſten gewann, und daß es ihm gelungen iſt, Tauſende von den wilden Anſchlägen, zu denen ſie aufgehetzt waren, zurückzubringen, wie denn überhaupt ſeine

Digitized by Google

lichtvolle und wenn wir nach persönlichem Eindruck urtheilen dürfen, unvergleichliche Gabe der Rede ihn vorzugsweise, wenn er es wollte, zum Führer der Massen befähigen würde. Der Einfluß der Provinzialpresse im Norden von England und in Schottland hat sich der Verbreitung seiner Ansichten sehr förderlich erwiesen. Seine eigne Stellung ist nicht die des Hauptes einer Partei, sondern des Stifters einer Schule; eine Anzahl von Männern, durch nichts zusammengehalten als durch lebhafte Überzeugung, ist bemüht, auf vielen Puncten gleichzeitig die Agitation zu betreiben, oder richtiger, seine Lehre mit allem Enthusiasmus Neubekehrter weiter zu tragen.

Zu diesen Männern gehört Hr. Cargill, der an der wichtigen Versammlung in Newcastle (Mai 1840) bedeutenden Antheil genommen und der sich besonders zum Ziele gesetzt hat, Urquhart's Andeutungen über den Zollverein und andere commercielle Verhältnisse näher zu entwickeln. Was außer ihm kaum ein anderer Engländer im J. 1835 vorauszusagen gewagt hätte, daß die englische Industrie die Wirkungen des deutschen Zollvereins bald und schmerzlich empfinden würde, ist in vollem Maße wahr geworden. Um so zuversichtlicher beharrt Hr. Cargill auch bei den übrigen Behauptungen seines Meisters. Namentlich ärgert er sich daran, daß in England jede Erwähnung des Zollvereins sofort eine Discussion über die Kornbill herbeiführe, folglich die Leidenschaft der Parteien aufrege und sie über den wirklichen Charakter des Vereins verblende. Wir erkennen in Urquhart und seiner Schule eine der merkwürdigsten geistigen und sittlichen Erscheinungen unserer Zeit; aber wir haben keinen Beruf, irgend eine seiner Meinungen als solche zu vertreten, am wenigsten, wenn es sich um vaterländische Verhältnisse handelt, wo die Mittel der Prüfung am nächsten liegen. Fragen wir also nach den Beweisen.

Das erste Beweisstück ist die bekannte Denkschrift: „Über die Politik Preußens," vom Jahr 1822. Diesen Aufsatz hat, bald nachdem er (im Mai 1836) im „Portfolio" erschienen war,

Digitized by Google

die Hanoverſche Zeitung (damals ein unabhängiges und geachtetes Blatt) ausführlich beſprochen, und namentlich aufmerkſam gemacht, daß derſelbe nur als eine Privatarbeit, die weder vorher autoriſirt noch ſpäter gutgeheißen worden, zu betrachten ſei, daß er wol an das auswärtige Departement in Berlin eingeſendet ſein möge, daß man aber darum keineswegs die Grundſätze der preußiſchen Regierung darin zu ſuchen habe. Laſſen wir dieſen Umſtand fallen, weil uns nichts darüber bekannt iſt und wir die eben angeführte Anſicht ſo wenig zu beweiſen im Stande ſind, als Hr. Cargill die ſeinige. Selbſt wenn man, wie er thut, dem Aufſatze das Anſehen und die Bedeutung einer „preußiſchen Staatsſchrift" beilegen wollte, ſo wird ſich ſogleich ergeben, daß daraus mit nichten folgt, was Hr. Cargill daraus beweiſen will.

Er findet nämlich darin die erſte Andeutung des preußiſchen Zollvereins. Nun geſteht er ſelbſt, daß in dem ganzen Aufſatze, deſſen Inhalt er durchgeht, nicht die geringſte Erwähnung von Handelsangelegenheiten vorkommt, ja, er verkündet in triumphirendem Tone, daß keine Klage über die Beſchränkung durch fremde Tarife, keine Anſpielung auf engliſche Korngeſetze oder Holzzölle ſich findet: der Inhalt ſei rein politiſch. In der That, es wäre ſeltſam, wenn von Korngeſetzen oder Holzzöllen die Rede wäre in einem Aufſatze rein politiſchen Inhalts, der mit Handelsangelegenheiten gar nichts zu thun hat. Aber noch ſeltſamer iſt die Schlußfolge: weil in dieſem Aufſatze, der übrigens von ganz andern Dingen handelt als vom Zollverein, vom engliſchen Tarif nicht die Rede iſt, ſo liegt auch dem Zollverein ein rein politiſcher Gedanke — der Gedanke einer Machtvergrößerung Preußens — zu Grunde, ohne daß an eine Retorſion gegen die Handelszölle des Auslandes irgendwie dabei gedacht wäre. Wie wir nun mit dieſer Logik des Hrn. Cargill uns nicht befreunden können, ſo erſcheinen auch die Sachverhältniſſe mit ſeinen Folgerungen nicht wohl vereinbar.

Er ſucht im Jahr 1822 die erſte Andeutung des Zollvereins.

Digitized by Google

Das ist entweder zu früh oder zu spät. Zu früh, indem 1826 der erste Schritt zu Verhandlungen mit einem nicht enclavirten Bundesstaate geschah, und zwar (was nicht zu übersehen ist) nicht von preußischer, sondern von darmstädtischer Seite, nachdem Darmstadt um eine Combination in Süddeutschland vergebens sich bemüht, und auch noch ganz zuletzt mit Würtemberg keinen festen Vereinigungspunct hatte finden können. Zu spät aber, wenn man sich erinnert, daß die Enclaven souveraine Staaten oder Gebietstheile anderer souverainen Staaten sind. Und wenn der Vertrag mit Anhalt-Köthen erst nach langen und peinlichen Erörterungen zu Stande kam, wenn die meisten erst seit 1822 sich zum eigentlichen Anschluß bereitwillig finden ließen, so datirt der Vertrag mit Schwarzburg-Sondershausen, das Muster aller übrigen, schon vom 25. Oct. 1819. Freilich aber war noch ein großer Schritt von den Bestimmungen dieser Verträge bis zu der völlig unabhängigen, vollkommene Gleichstellung erheischenden Haltung, in welcher Darmstadt unterhandelte und abschloß.

Indessen die erste, die unumgängliche Grundlage des Zollvereins bleibt immer das preußische Zollsystem selbst. Will Hr. Cargill etwa auch behaupten, diesem sei der Gedanke an die Zollsysteme des Auslandes fremd geblieben? Mag ihm immerhin die Antwort unbekannt sein, welche der Staatskanzler (3. Jun. 1818) den niederrheinischen Fabrikherren ertheilte: „die westliche Zollinie sei bestimmt, dem inländischen Gewerbfleiße durch verhältnißmäßige Besteuerung der gleichartigen fremden Erzeugnisse einen billigen Vorzug zu sichern und den Verkehr mit den östlichen Provinzen gegen die Einmischung fremder Fabrikation zu schützen;" ferner und ausdrücklich: „es liege im Geiste des Planes, nicht allein auswärtige Beschränkungen des Handels zu erwidern, sondern auch Willfährigkeit zu vergelten und nachbarliches Anschließen an ein gemeinsames Interesse zu befördern;" eine Ant-

Digitized by Google

wort, in welcher er weit zuverlässiger als in der Denkschrift von 1822 die „erste Andeutung" des Zollvereins hätte suchen mögen.

Aber wenn wir auch Hrn. Cargill gern das Vorrecht einräumen, das seine Landsleute, nicht eben zu ihrer Ehre, in Anspruch nehmen, das Vorrecht, unbedingt Alles zu ignoriren, was nicht in seiner eignen Sprache ihm zugänglich ist, so hätte er doch den lebhaften Notenwechsel zwischen Preußen und England vom Jahr 1818 kennen müssen, der im März 1839 amtlich auf die Tafel des Unterhauses niedergelegt worden.

Dort hätte er lernen können, daß ganz im Sinne jener Äußerung des Staatskanzlers, Preußen bereits am 9. Febr. 1818 sich bereit erklärte, wenn England Abhülfe in den Holzzöllen schaffe, auch dem englischen Handel alle Erleichterungen zu gewähren, die mit dem Interesse preußischer Unterthanen vereinbar seien. Noch bestimmter sagt der Frhr. v. Humboldt am 16. Mai 1818: da Preußen eben jetzt mit Einführung eines gleichmäßigen Zollsystems für seine sämmtlichen Provinzen beschäftigt sei, welches, ohne die Einfuhr fremder Erzeugnisse zu hindern, sie nur mäßigen Zöllen unterwerfe, so sei es der lebhafte Wunsch des preußischen Cabinets, mit dem britischen solche Maßregeln zu verabreden, welche dem Handel beider Nationen gleich förderlich wären. Der Graf Bathurst aber in einer Note vom 22. Sept. 1818, welche die detaillirten Vorschläge Preußens unbedingt verwirft, äußert mit unglaublicher Naivetät: Preußen möge doch durch die abschlägige Antwort nicht zu Restrictivmaßregeln gegen England sich verleiten lassen; und zwar, nicht etwa, weil solche den britischen Interessen nachtheilig werden möchten, sondern weil sie möglicherweise den Glauben erwecken könnten, als bestehe zwischen beiden Ländern nicht mehr jenes freundschaftliche Einverständniß, welches in beiderseitigem Interesse so wünschenswerth sei; auch würde das englische Cabinet es sehr ungern sehen, wenn das preußische solche Maßregeln ergriffe, die eine Erneuerung dieser Unterhandlungen zu gelegenerer Zeit in irgend einer Weise

Digitized by Google

verhindern könnten. Das heißt mit andern Worten: Wir haben gar nicht im Sinn, uns freundlich gegen euch zu benehmen; von Reciprocität wollen wir gar nichts hören; aber laßt euch ja nichts von diesem unserm abschlägigen Bescheid merken, man möchte sonst glauben, wir seien nicht gute Freunde, und der Fall kann eintreten, daß wir euch brauchen; wir würden sehr ungern sehen, wenn ihr in eurem Interesse etwas vornehmen wolltet, wodurch es uns erschwert würde, von eurem guten Willen beliebigen Gebrauch zu machen; also, laßt euch das Warten nicht verdrießen! —

England wird in seiner eignen Münze wieder bezahlt. Man erwiderte (29. Sept. 1818): Preußen werde, welches auch die Maßregeln sein mögen, die es für den Augenblick zu ergreifen durch die Weigerung Englands sich veranlaßt sehen möchte, doch stets bemüht sein, das gute Einverständniß zwischen beiden Ländern zu pflegen, und niemals die Möglichkeit einer künftigen, zu beiderseitigem Vortheile gereichenden Vereinbarung außer Augen verlieren.

Der neue Zolltarif trat in's Leben, und im Jahr 1822 — in dem Jahre, wo Hr. Cargill glaubt, Preußen habe sich nach Maßgabe der „Denkschrift" einzig mit Intriguen an deutschen Höfen beschäftigt und habe an Englands Handelspolitik auch nicht von fern gedacht — grade in diesem Jahre wurden in den preußischen Häfen die Flaggengelder erhöht, und dadurch die Abänderung der englischen Schifffahrtsacte erzwungen.

Wenn die „Denkschrift" irgend etwas beweisen kann, so ist es nur, daß die preußische Regierung das darin empfohlene System keineswegs genügend gefunden hat. Hätte Preußen nur dieses System befolgen wollen, so würde sein Einfluß in Deutschland nicht der Schatten sein von demjenigen, den es in der That erlangt hat. Die Denkschrift ging lediglich darauf aus, die deutschen Höfe unvermerkt und allmälig dem österreichischen Einflusse zu entziehen und sie sammt und sonders dem preußischen Willen

Digitized by Google

unterzuordnen. Mit Bezug auf die Völker geht alle Weisheit der „Denkschrift" nur darauf aus, ihnen das constitutionelle Wesen zu verleiden. Inwiefern ein solcher Versuch von Erfolg sein konnte, mag ein Blick auf die jetzige Stimmung in den Verfassungsstaaten entscheiden. Durch ein System wie das empfohlene würden die Regierungen in ihren äußern Hoheitsrechten scheinbar weniger beschränkt worden sein als durch den Zollverein; aber bei den Völkern hätte keine Art von Sympathie, sondern nur wohlbegründetes Mistrauen gegen Preußen sich entwickeln können. Und jede Regung der „Souverainetätseifersucht" — weil denn doch die Denkschrift eine solche, und zwar in nicht geringem Maße, voraussetzt — jede Regung dieser Art, wo sie sich auch finden möchte, ist hundertfältig aufgewogen durch das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen, der Einheit und Nationalität, das eben durch den Zollverein in den Völkern so mächtig erwacht ist.

Eine fernere Bemerkung mag uns hier erlaubt sein, um einem Misverständnisse zu begegnen, das grade bei Ausländern nicht ungewöhnlich ist und dem Hr. Cargill offenbar unterliegt. Hätte Preußen durch den Zollverein den Zweck erreichen wollen, auf den der Apparat der Denkschrift am Ende hinausläuft, die Bildung „einer festen preußischen Clientel in der Bundesversammlung," so wäre das Mittel für diesen Zweck ungenügend gewesen. Von den Abstimmungen, z. B. in der hanoverschen Sache ist genug in's Publicum gekommen, um darzuthun, daß die Verfassungsstaaten mit dem Eintritt in den Zollverein durchaus nicht auf die Entwickelung einer unabhängigen Überzeugung verzichtet haben, und daß die Verbindung mit Preußen weder das Motiv noch den Vorwand hergeben kann, mit anderweitig festgestellten Grundsätzen sich leichten Kaufes abzufinden. Das Resultat jener Verhandlungen wird man uns nicht entgegenhalten. Denn es würde erst zu beweisen sein, daß Stimmen, die im entgegengesetzten Sinne gefallen sind, durch Beziehungen sich bestimmen

Digitized by Google

ließen, in welche eine oder die andere Regierung mittels des Zollvereins getreten; und dies würde nie auch nur bis zur Wahrſcheinlichkeit ſich herausſtellen, ſo lange nicht irgend ein Fall vorliegt, in welchem Preußen und Öſterreich abweichende Anſichten vertreten.

Man kann es nicht oft genug wiederholen, der wirkliche Einfluß, den Preußen in Deutſchland erlangt hat, iſt an und für ſich ſchon ein Beweis, daß Preußen beſſern Rath wußte als den in dem Aufſatze von 1822 enthaltenen.

Wir brauchen nicht zu ſagen, daß in dieſem erſten Documente nicht die geringſte Spur ſich vorfindet, die auf ruſſiſchen Einfluß deuten könnte.

Das zweite Actenſtück, aus welchem Hr. Cargill ſeine Vorſtellung von der eigentlichen Tendenz des Zollvereins ableiten will, iſt die Denkſchrift des Grafen Bernſtorff vom 29. Jan. 1831. Da hier von Handelsangelegenheiten wenigſtens Erwähnung geſchieht, ſo kommt es vor allen Dingen darauf an, was denn wirklich darüber, und in welchem Zuſammenhang es geſagt iſt.

Die Denkſchrift beſchäftigt ſich bekanntlich mit der Frage: durch welche Mittel die Ruhe im Innern von Deutſchland für den Fall eines unvermeidlichen auswärtigen Krieges überhaupt ſicher zu ſtellen ſei, insbeſondere aber, auf welche Art und Weiſe Preußen ſeine Stellung und ſeinen Einfluß in Deutſchland für die Erreichung dieſes Ziels, und zur Abwendung übler Folgen der ſtattfindenden Aufregung und Störung der Verhältniſſe in den deutſchen Nachbarſtaaten zu benutzen haben werde? Die Denkſchrift ſucht den Grund der in Deutſchland vorwaltenden Unzufriedenheit weit tiefer als in dem Eindrucke der franzöſiſchen und belgiſchen Unruhen (von 1830); gewiß und notoriſch ſei, daß ſchon vor dem durch die fraglichen Unruhen gegebenen ſtarken Impuls, und zwar längere Zeit vorher, in mehren Bundesſtaaten eine Unzufriedenheit geherrſcht habe. Wer wird nicht mit voller Überzeugung einſtimmen, wenn es dann weiter heißt: „Zu

Digitized by Google

den auf einzelne deutsche Staaten beschränkten Ursachen der Unzufriedenheit kommen ferner noch die mancherlei Misverhältnisse hinzu, die als eine natürliche Folge der Trennung Deutschlands in viele Staaten vorzüglich dadurch fühlbar werden, daß sie sich gemeinsamen Einrichtungen und Anordnungen für das Ganze, deren Bedürfniß hier mehr und dort minder lebhaft empfunden wird, entweder durchaus hemmend entgegenstellen, oder dieselben dergestalt erschweren, daß sie nur unvollkommen in's Leben geführt werden können."

Was die Wahl der Mittel anlangt, so ist die Denkschrift von der Überzeugung durchdrungen, daß nur solche Regierungsmaßregeln zulässig seien, welche mit der öffentlichen Meinung im Einklange stehen. Wenn die „Mehrzahl aller Gebildeten und Besitzenden" als Repräsentanten der öffentlichen Meinung bezeichnet werden, so ist diese Art von Aristokratie in der Natur der Verhältnisse zu wohl begründet, als daß man Anstoß daran nehmen könnte. Und, wie man auch von dem „monarchischen Princip" an und für sich denken mag, gewiß wäre demselben manche Verirrung erspart worden, wenn es immer darauf bedacht gewesen wäre, mit dem Rechtssinn und den Überzeugungen der Mehrzahl aller Gebildeten und Besitzenden im Einklange zu verharren.

Über das letzte der vorgeschlagenen Mittel ist die Denkschrift ausführlicher, und es scheint uns zweckmäßig, die längere Stelle im Zusammenhange herzusetzen, damit unsere Leser im Stande sein mögen, die Schlüsse, die Hr. Cargill darauf gebaut hat, desto eher zu würdigen: „Daß ferner, heißt es, die Gründung gemeinsamer Institutionen für Deutschland, besonders aber eines ganz Deutschland umfassenden Systems der Freiheit des Handels und Verkehrs, über dessen Mangel so sehr geklagt wird, auch für die Sicherstellung und Befestigung der Ruhe in seinem Innern von großem Werthe sein würde, ist keineswegs in Abrede zu stellen, und vielmehr Demjenigen ganz beizupflichten, was der Verfasser einer Ew. Königl. Maj. von dem Herzoge von Sachsen-

Digitized by Google

Koburg-Gotha mitgetheilten und mir allergnädigst zugefertigten Denkschrift, die Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ordnung in den deutschen Staaten betreffend, hierüber bemerklich gemacht hat. Nur seiner Ansicht über den Weg, auf welchem die Begründung und Einführung einer solchen Institution zu bewirken wäre, kann ich nicht beitreten. Sein Rath geht dahin, diese Sache ohne Zeitverlust am deutschen Bundestage zur Erörterung zu bringen, baldigst auszusprechen, daß die bezeichnete Maßregel stattfinden solle, den Moment des Eintrittes derselben schon jetzt zu bestimmen, vorläufig die Grundsätze eines allgemeinen Zoll- und Handelssystems festzustellen, die nähern Ausführungen aber einer Commission zu übertragen, und einen Termin zur Beendigung ihrer Arbeiten anzuberaumen. Indem ich mich gegen eine Betreibung dieser hochwichtigen Angelegenheit durch den deutschen Bund und sein Organ, die Bundesversammlung, als gegen ein durchaus unpraktisches und zweckwidriges Unternehmen, zu erklären habe, glaube ich hier die weitverbreitete und oft wiederholte Beschwerde berühren zu müssen, daß der deutsche Bund überhaupt nicht leiste, was das gemeinsame Interesse Deutschlands erheischt. Ungeachtet aller durch die Geschichte der letzten vierzehn Jahre hierzu gelieferten Belege, wäre es doch ungerecht, nicht dabei in Erwägung zu ziehen, wie wenig dieser Vorwurf zum Theil und namentlich insofern begründet werden kann, als man vom Bund Institutionen und Anordnungen verlangt, wie nur die Einheit einer und derselben Regierung in ihrer über ein ganzes Land ausgedehnten, kräftigen Wirksamkeit sie zu schaffen vermag. Man übersieht zu leicht, das der Bund, anstatt die hierzu unentbehrliche Kraft einer Einheit zu besitzen, eine Zusammensetzung aus Bundesstaaten bildet, von denen jeder auf Souverainetät Ansprüche macht, welche durch die Bundesacte garantirt sind. Allerdings kann auch ein solcher Verein in den Fall kommen, für diese oder jene Anordnung eine vorübergehende gemeinschaftliche Geneigtheit zu bezeigen, die man

Digitized by Google

immerhin, wo sie durch besondere Umstände hervorgerufen wird, mit Erfolg zu benutzen im Stande ist; so z. B. jetzt seine Geneigtheit für die Vollendung der Organisation des deutschen Bundesheeres bei der drohenden Gefahr eines Bundeskrieges. Die Schöpfung eines allgemeinen deutschen Zoll- und Handelssystems oder irgend einer andern bleibenden Institution ähnlicher Natur ist dagegen eine Aufgabe, deren Lösung dem Bunde so lange unmöglich bleiben wird, als derselbe nicht eine andere, von der jetzigen ganz verschiedene und der Ausführung solcher Plane günstige Organisation besitzt. Hätte irgend einer der mächtigern Bundesstaaten, namentlich Preußen, auch verfassungsmäßig einen größern Einfluß in der Bundesversammlung als gegenwärtig, wo keinem Bundesstaate von den 70 Stimmen des Plenum mehr als vier, und von den 17 Stimmen des engern Rathes mehr als eine zukommt, so müßte man sich doch von jedem Versuche, die Begründung jener für Deutschlands Gesammtinteresse wünschenswerthen Institution durch den Bund zu betreiben, und hierzu die Initiative zu ergreifen, schon aus den oben bezeichneten allgemeinen und in der Natur des Bundesverhältnisses liegenden Gründen, und noch mehr durch die bereits gemachten Erfahrungen zurückgehalten finden. Schon im Jahr 1816 scheiterte der in Folge der damaligen Misärnte angestellte, durch Preußens Zustimmung auf's lebhafteste unterstützte und durch große Popularität begünstigte Versuch, die Freiheit des Verkehrs mit den unentbehrlichsten Lebensbedürfnissen im ganzen Umfange des Bundes mittels Bundesbeschlusses einzuführen. Und gewiß würden die mehrjährigen Berathungen über gemeinsame Zolleinrichtungen, wozu süd- und mitteldeutsche Staaten sich im Jahr 1820 gleichzeitig in Darmstadt vereinigten, anstatt ihrer damaligen gänzlichen Erfolglosigkeit keinen befriedigenderen Ausgang gehabt haben, wenn sie am Bundestage unter Theilnahme aller übrigen Bundesregierungen geführt worden wären. Wenn endlich die neuere Geschichte Deutschlands in dem sogenannten mitteldeut-

Digitized by Google

schen Handelsvereine das Beispiel einer von 15 deutschen Staaten in Bezug auf Zoll- und Handelsverhältnisse wirklich geschlossenen Verbindung aufzuweisen hat, so können doch meine obigen ehrfurchtsvollen Bemerkungen hinsichtlich der unter den jetzigen Verhältnissen obwaltenden Unmöglichkeit, Deutschlands wahres Handelsinteresse durch gleichzeitiges Zusammenwirken vieler oder aller Bundesstaaten — sei es am Bundestag oder anderweitig — zu fördern, wol nicht besser und augenscheinlicher bestätigt werden, als grade durch die Entstehung, das innere Wesen und das Schicksal dieses, sich jetzt schon factisch von selbst wieder auflösenden Vereins. Der eigentliche Zweck desselben bestand nur darin, den Wirkungen und einer weitern Verbreitung der wohlthätigen Grundsätze Einhalt zu thun, durch deren Aufstellung und Anwendung Ew. Königl. Maj. allerhöchste Regierung seit der Einführung des Zoll- und Steuersystems vom Jahr 1818 zu Handelszollvereinen mit einzelnen Staaten die Hand geboten hat, und nicht ohne Erfolg dahin zu streben fortfährt, daß die Verwirklichung des Ideals allgemeiner Freiheit des Verkehrs für ganz Deutschland zu Stande kommen könne, so wenig auch grade für Preußen wegen der in finanzieller und zum Theil auch in staatswirthschaftlicher Hinsicht dabei von ihm zu bringenden Opfer der gegenwärtige Zeitpunkt hierzu geeignet sein mag. Es darf Preußen jedoch zur Genugthuung gereichen, daß dieses sein unablässiges Bestreben bei aller Misdeutung, die es erfahren hat, und bei allen Hindernissen, die ihm in den Weg gelegt worden sind, je länger, je mehr Anerkennung, Würdigung und entgegenkommende Unterstützung in Deutschland findet."

Einen komischen Eindruck macht es, wenn Hr. Cargill glaubt, in diesen Betrachtungen ein preußisches Staatsgeheimniß entdeckt zu haben. Es sind vielmehr Wahrheiten, die heutzutage von den Dächern gepredigt werden; in solchem Maße hat die Erfahrung sie bestätigt. Oder was haben denn die Anträge Hanovers im Jahr 1832, begleitet von der sächsischen und

Digitized by Google

der hamburgischen Erklärung beim Bundestage, was hat der in den wiener Ministerialconferenzen von 1834 wiederholte Antrag Hanovers, „dem durch Art. 65 der wiener Schlußacte zur fernern Berathung der Bundesversammlung gestellten Artikel 19 der Bundesacte weitere Folge zu geben," für Früchte getragen? Nicht einmal über den Waarendurchzug von einem Bundesstaat durch den andern in einen dritten — nicht einmal über diese wesentliche Grundlage des Verkehrs zwischen verbündeten Staaten, ist es der Bundesversammlung gelungen, gleichförmige oder überhaupt nur irgend welche Grundsätze festzustellen. Die Worte sind verhallt, die in einer am 24. Mai 1832 dem Bundestage von sechs Bundesregierungen übergebenen amtlichen Schrift über diesen Gegenstand ausgesprochen waren: „Betrachtet man die geographische Lage beinahe aller deutschen Bundesstaaten, so kann nicht möglich gedacht werden, ein Bundesmitglied dürfe sich über alle nachbarlichen Verhältnisse hinaussetzen, und unter dem Titel: „ein jeder Staat könne in seinem Gebiete thun, was ihm gutdünke," für seine Mitverbündeten nichts über die Grenze lassen, oder, was diesem gleichkommt, den Durchgang mit unerschwinglichen Abgaben belegen. Immerhin mag ein Staat, der nicht durch besondere Verträge beschränkt ist, den Eingang von Waaren in sein Gebiet zur Consumtion mit beliebigen Abgaben belegen; den bloßen Durchgang von Waaren in andere Bundesstaaten aber verbieten oder mit einer unverhältnißmäßigen, dem Verbote gleichkommenden Abgabe belegen, dies hieße Aufheben der unabhängigen Coexistenz anderer Bundesstaaten."

Preußen hat aus seiner Ansicht von der Unersprießlichkeit solcher Verhandlungen am Bundestage so wenig ein Geheimniß gemacht, daß es dieselbe in der von den Zeitungen damals mitgetheilten Erklärung vom 25. Oct. 1832, ganz im Sinne der Denkschrift, in der Bundesversammlung selbst vortragen und motiviren ließ. Durch diesen Umstand fällt der Verdacht zu Boden, als hätte Preußen der Förderung jener Angelegenheiten durch den

Digitized by Google

Bund etwa unter der Hand entgegengearbeitet, um das Verdienst sich selbst aneignen zu können.

Vergleicht man die Popularität des Zollvereins mit den herabgestimmten Erwartungen, welche das deutsche Volk von der Thätigkeit des Bundes hegt, so liegen die Gründe dieser Erscheinung unverkennbar vor. Überhaupt, wenn man eine Nationalrepräsentation in der Bundesversammlung früher erblicken wollte, so sind auch die Unbefangensten darüber längst enttäuscht. Der Bund hat immer mehr den Charakter eines Bundes der Regierungen angenommen, welche sich vereinigen, ihre Interessen wahrzunehmen, indem sie jeden Versuch einer Beschränkung ihrer Souverainetät als eine Alterirung des „monarchischen Princips" abwehren. Eine besondere Theilnahme der Völker an diesen Bestrebungen ist um so weniger zu erwarten, da die Theorie des Bundesrechts, wie man sie gelegentlich von den Ministerialbänken vernimmt, den Ständeversammlungen jeden Einfluß auf die Entwickelung der Bundesverfassung im Allgemeinen, oder auf die Abstimmung ihrer Regierung insbesondere unbedingt abspricht.

Nun kann allerdings von einem directen Einfluß der Ständeversammlungen auf die Gesetzgebung des Zollvereins ebenso wenig die Rede sein. Das ständische Recht der Mitratification von Staatsverträgen ist in der Ausübung fast nur nominell, wie sich bei Gelegenheit des holländischen Vertrags deutlich genug gezeigt hat. Aber dies sind nicht etwa solche Beschränkungen der ständischen Gerechtsame, durch welche eine Erweiterung der fürstlichen Gewalt erzielt oder erreicht würde. Wenn es Opfer sind, so werden sie nicht dem monarchischen Principe dargebracht, sondern den nationalen Interessen. Noch mehr, es entspricht diesen Opfern eine gewisse Selbstbeschränkung der Souverainetät, ohne welche der Zollverein nicht minder als der deutsche Bund in seiner Ausbildung sich gehemmt sehen würde.

So kommt es, daß die Völker ohne Eifersucht von der unmittelbaren Theilnahme an der Handelsgesetzgebung sich ausge-

Digitized by Google

ſchloſſen finden, überzeugt, wer den Zweck wolle, müſſe auch die Mittel wollen, und durch die Erfahrung belehrt, was für ein großes Gut die Einheit der Intereſſen ſei. Es iſt ganz wahr, daß der Zollverein die Garantien der Souverainetät nicht gewährt, welche die Bundesacte enthält; aber es iſt ebenſo wahr, daß dieſe Garantien von den Völkern nicht vermißt werden. Wer es verſuchen wollte, Mistrauen gegen die Leitung des Zollvereins auszuſtreuen, der würde es beim verkehrten Ende anfangen, wenn er an die Völker ſich wenden wollte.

Wenn endlich die Verhandlungen der Zollcongreſſe ebenſo wenig der Öffentlichkeit übergeben werden, als ſeit 1824 die Protokolle des Bundestags, ſo kann man doch nicht in demſelben Sinne von einem Geheimniß reden. Für die Vergleichung iſt es ſchon von Wichtigkeit, daß jene Verhandlungen niemals öffentlich waren, daß alſo auch keine ſpätere Verheimlichung eingetreten iſt, welche gehäſſigen Vermuthungen unterliegen könnte. Es liegt ferner in der Natur der Sache, daß die Ergebniſſe der Berathungen öffentlich werden müſſen. Die öffentliche Discuſſion kommt hinzu. Und nenne man doch die Partie des Bundesrechtes, die Erſcheinung in der conſtitutionellen Geſchichte Deutſchlands, die mit einem ſo rückſichtsloſen Freimuthe hätte beſprochen und beleuchtet werden können, wie z. B. der oben erwähnte holländiſche Vertrag. Auch iſt keine Irreführung der öffentlichen Meinung zu beſorgen, weil es nicht um beſtrittene Lehrſätze ſich handelt, die im Sinn einer Partei ausgebeutet werden könnten, ſondern um materielle Intereſſen, bei deren Würdigung die Erfahrung ihr unabweisbares Recht geltend macht.

Aber Hr. Cargill ſieht in dem Zollvereine nur ein Mittel, den vorherrſchenden Einfluß Preußens, einen mit der Bundesverfaſſung unverträglichen Einfluß, zu begründen. Folgen wir ihm auch hier und prüfen die Stelle der Denkſchrift, welche dieſer Beſchuldigung zum Grunde liegt.

Im zweiten Theile der Denkſchrift heißt es nämlich unter

Digitized by Google

Anderm: „Man kann sich bei Betrachtungen, wie die vorstehenden sind, nicht leicht des Wunsches erwehren, daß Deutschland durch ein festeres gemeinsames Band, als ihm die jetzige Bundesverfassung gewährt, zusammengehalten, und Preußen dadurch in den Stand gesetzt sein möchte, seinen oben geschilderten wohlthätigen Einfluß noch stärker und umfassender auszuüben, als es unter den jetzigen Umständen vermag. Während dieses Ziel auf so verschiedenen Wegen, mehr in träumerischen und phantastischen Täuschungen, als mit wahrhaft praktischem Sinne gesucht wird, hat Ew. Königl. Maj. allerhöchste Regierung eine Annäherung zu demselben in der Beförderung einer freundlichen zutrauensvollen Coexistenz der bestehenden deutschen Staaten erleichtern, und bisher nur durch ein dieser Ansicht entsprechendes Verhalten zur allmäligen Hervorbringung und Ausbildung eines wünschenswerthen politischen Gesammtzustandes von Deutschland beitragen zu müssen geglaubt. Ohne die Hoffnung auf frühere oder spätere Erfüllung des fraglichen Wunsches aufzugeben, bin ich der Meinung, daß in dieser Beziehung die Wirkung der Zeit auf den Geist der deutschen Regierungen abzuwarten sein wird. Wenn dieselben, durch eigne Erfahrung belehrt, einst aufgehört haben werden, in Anordnungen, die nichts als das gemeine Beste Deutschlands zu begründen oder zu erhöhen bestimmt und geeignet sind, nur Beschränkungen ihrer Souverainetät zu sehen und zu scheuen, wenn sie in ihrem richtig verstandenen Interesse Antriebe finden, freiwillig dazu die Hände zu bieten, alsdann erst wird die Zeit zu einer den Grundsätzen Preußens angemessenen Verwirklichung eines bessern Zustandes der deutschen Bundesverfassung die völlige Reife erlangt haben."

Wer weiß nun nicht, daß eifrige und einsichtige Vaterlandsfreunde längst in demselben Sinne sich ausgesprochen haben? Einer derselben (kein Preuße, sondern ein Oppositionsredner einer süddeutschen Volkskammer) sprach im Jahr 1832 sich dahin aus: „Das Recht des Stärkern ist auch ein Recht; nur besteht dasselbe

Digitized by Google

nicht in der Befugniß, den Schwächern zu unterdrücken oder zu vernichten. Aber wem größere Kraft verliehen ist, der ist auch zu einer ausgedehntern und umfassendern Wirksamkeit berufen, und völlige formelle Rechtsgleichheit bei gänzlicher Verschiedenheit der Kräfte, des Vermögens und der Fähigkeiten ist eine wirkliche materielle Ungerechtigkeit. . . . Es ist unnatürlich, wenn die Stimme von Sachsen oder Würtemberg im hohen Rathe Deutschlands grade so viel gelten soll als die von Österreich oder Preußen." Nicht minder lebhaft ist von derselben Seite beklagt worden, daß „das Widerstreben der meisten Bundesregierungen gegen jede gesetzliche Beschränkung ihrer Souverainetät im Interesse der Gesammtheit" das Zustandekommen gemeinnütziger Anordnungen erschwere, und daß die bestehende Bundesverfassung eben in dieser Beziehung mangelhaft geblieben sei. Man hat längst auf eine gemeinschaftliche Nationalvertretung, mit Rücksicht auf die Volkszahl der einzelnen Staaten als auf eine wesentliche Ergänzung der Bundeseinrichtungen, hingewiesen, und darin zugleich das Mittel zu finden geglaubt „für die unentbehrliche Ausgleichung des Stimmverhältnisses der größern Vereinsstaaten zu den kleinern und kleinsten."

Die Verwirklichung dieses Mittels scheint nun freilich, falls nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, sehr fern zu liegen; aber der Übelstand ist darum nicht minder vorhanden, er wird nicht minder allgemein empfunden und begriffen. Wenn Hr. Cargill von der Stimmung und der Betrachtungsweise der Deutschen irgend einige Kenntniß hätte, so würde ihm nicht entgangen sein, wie genau das Raisonnement der Denkschrift übereinstimmt mit den Überzeugungen Derjenigen, die es mit dem gemeinsamen Vaterlande am besten meinen. Er würde dann auch zu der Einsicht gelangt sein, daß die in der Denkschrift angedeutete Lösung des Misverhältnisses in der jetzigen Lage der Dinge die leichteste und zugleich die wünschenswertheste und wohlthätigste war.

Digitized by Google

Oder wozu soll denn ein solches Misverhältniß führen, wenn man nur von den gewöhnlichen Voraussetzungen ausgeht, und die Dinge „im Lichte der Natur" betrachtet? Ist es etwa übertrieben, wenn der oben angeführte Schriftsteller kurzweg sagt: „Die Macht, deren Ansprüche vor dem Gesetze gar keine Anerkennung und Berücksichtigung finden, macht sich auf ungesetzlichem Wege Bahn, und wird zur Feindin und Unterdrückerin."

Nun aber hat Preußen den Einfluß, der ihm seiner Stellung und Bedeutung nach ohne alle Frage zukam, dazu benutzt, eine Einrichtung zu schaffen, die als das Heilsamste und Größte, was seit dem Befreiungskrieg in's Leben getreten, allgemein anerkannt ist. Daß Preußen eben dadurch, indem es die deutschen Völker sich verpflichtete, seinen Einfluß sehr bedeutend verstärkt, daß es durchaus in seinem eignen, wohlverstandenen Interesse gehandelt hat, daß gegen den Zuwachs an moralischer Macht kein finanzielles Opfer irgend in Betracht kommen kann, wer will es leugnen? Genug, es lag in der Natur der Sache, in jenem Gesetze der Gravitation, das in der politischen Welt so gut seine Geltung hat wie in der physischen, daß der preußischen Macht ein weiterer Einfluß zukommen mußte als derjenige, den der Buchstabe der Bundesacte verheißt; und Preußen hat die Mittel gefunden, das Gewicht seines Einflusses mit der Förderung der deutschen Nationalinteressen auf's innigste zu verknüpfen.

Wenn nun Hr. Cargill findet, daß in der Denkschrift des Grafen Bernstorff der englischen Korngesetze mit keinem Worte gedacht ist, so ist dies eine ungemein richtige Bemerkung. Wenn er ferner glaubt, der Zollverein würde in's Leben getreten sein, wenn auch gar kein englisches Korngesetz in der Welt wäre, so ist dies gleichfalls eine sehr große Wahrheit. Nur begegnet es ihm immerfort, den Zollverein zu verwechseln mit dem Zolltarif. Dabei hat er Eins ganz übersehen oder misverstanden, wovon in der Denkschrift mehrfach Erwähnung geschieht, nämlich die „Freiheit des Handels und Verkehrs." Er mag dies für eine

Digitized by Google

bloße Phraſe gehalten haben, weil er die engliſchen Manufacturen im Auge hat, die er im Tarif zum Theil ſehr hoch beſteuert findet. Daß von dem Verkehr der Vereinsſtaaten untereinander die Rede iſt, daß die Verlegung der Abgaben an die Grenze, die Entlaſtung des innern Verkehrs und die Gemeinſamkeit der Zollſätze die größte Wohlthat war, davon ſcheint er ſo wenig als von dem frühern Zuſtand eine Ahnung zu haben.

Die Idee des Zollvereins iſt unabhängig von der Höhe der einzelnen Zollſätze, und unabhängig von der Beziehung auf die Handelspolitik auswärtiger Staaten. Die Höhe der einzelnen Zollſätze iſt, der Idee des Zollvereins gegenüber, eine untergeordnete Betrachtung; ſie ſteht aber in natürlicher (wenngleich nicht ausſchließender) Beziehung zu der Handelspolitik des Auslandes. Beides läßt ſich ohne Mühe darthun. Über die Zweckmäßigkeit einiger Zollſätze hört man entgegengeſetzte Urtheile; der Eine z. B. verlangt einen hohen Zoll auf Twiſte, der Andere findet es nicht ganz praktiſch, den Webereien, die man hat, wehe zu thun, zu Gunſten der Spinnereien, die man nicht hat; Beide ſind aber ohne Zweifel gleich durchdrungen von der Zweckmäßigkeit des Zollvereins. Man kann einzelne Sätze übertrieben hoch finden und darum doch ein enthuſiaſtiſcher Anhänger des Zollvereins ſein: in der Hauptſache iſt man einig, über untergeordnete Puncte läßt ſich ſtreiten.

Was die Beziehung zum Auslande betrifft, ſo müſſen wir Hrn. Cargill wiederum an die Correſpondenz zwiſchen Preußen und England erinnern, deren Verfolg (aus den Jahren 1825 und 1826) ihm billigerweiſe bekannt ſein ſollte, da ſie dem Parlamente gedruckt vorgelegt iſt. Der Ton der Note des Baron Maltzan (25. Dec. 1825) iſt ernſtlicher und entſchiedener als in den frühern preußiſchen Noten. Das Korngeſetz von 1822 (der Übergang zu der neuen Geſetzgebung von 1828) bildet die Hauptbeſchwerde, nächſt den Holzzöllen. Preußen hatte in der Zwiſchenzeit durch Anwendung einer einfachen Retorſion England zu einer

Digitized by Google

Abänderung der Schiffahrtsacte gezwungen. Nichts natürlicher, als daß man den Versuch machte, in Hinsicht der Tarifsätze gleichfalls den Grundsatz der Reciprocität zur Anerkennung zu bringen. Preußen entwickelte die Principien seines Zollsystems, und erklärte sich bereit, für eine Reihe von Jahren nichts in seinem gegenwärtigen Systeme zu ändern, namentlich die Einfuhrzölle von englischen Waaren nicht zu erhöhen. Dagegen verlangte es, daß die britische Regierung die Einfuhr des preußischen Getreides gestatte und dieselbe nur mit solchen Zöllen belege, welche die Möglichkeit nicht ausschließen, diesen Handel mit einem angemessenen Gewinn zu betreiben, ferner, daß sie der Einfuhr von Bauholz größere Erleichterungen gewähre, als bisher geschehen.

Ob diese Concessionen gegenseitig von entsprechendem Werthe seien oder nicht, ist eine andere Frage. Aber wenn eine Regierung unter gewissen Bedingungen gewisse Tarifsätze als Maximum bezeichnet, worin der Vorbehalt einer Erhöhung liegt, für den Fall einer Nichtannahme jener Bedingungen, so kann man wenigstens nicht sagen, sie sei gewillt, ihren Tarif ohne alle Rücksicht auf die Handelspolitik des Auslandes festzustellen. Daß die Unterhandlung erfolglos war, ist bekannt. Einstimmig mit dem Gutachten eines Geheimrathscomité erklärte die britische Regierung: sie könne niemals auf einen Vorschlag eingehen, der ihr von Seiten einer fremden Regierung zur Abänderung der englischen Korngesetze gemacht werde. Kein Mensch wird der britischen Regierung diese Antwort verdenken. Die Korngesetze sind in England lediglich eine Parteisache, eine Sache der einheimischen Politik geworden. Ein Ministerium, das seine Neigung für die Aufhebung oder bedeutende Abänderung derselben durch einen Antrag an das Parlament kundgeben wollte, hätte ebendamit, beim jetzigen Stande der Dinge, seine Existenz verwirkt.

Soll man also vielleicht der preußischen Regierung den Vorwurf machen, sie habe ihr Anerbieten von Concessionen an unmögliche Bedingungen geknüpft? Wenn es wäre, so würde

Digitized by Google

dies noch nichts für Hrn. Cargill's Behauptung beweiſen, ſo hätte Preußen nur auf unzweideutige Weiſe das Motiv für ſeine Tariffätze an den Tag gelegt, ſofern dieſes Motiv auch die Rückſicht auf Englands Zollſyſtem in ſich faßt, und dies iſt der Punct, um den es ſich handelt. Aber die Sache verhält ſich nicht ganz ſo. Es war auch die Rede von dem Holzzoll; und dieſer iſt keineswegs in dem Maße, wie der Getreidezoll, Sache der einheimiſchen Politik; zudem iſt es ein Differenzzoll, durch welchen Preußen offenbar benachtheiligt iſt.

Hr. Cargill verhöhnt die Anſicht, daß der Zollverein ſich auflöſen werde, ſobald der Zweck erreicht ſei, England zur Zurücknahme ſeiner fiskaliſchen Geſetze zu zwingen. Hr. Cargill hat ſehr Recht, wenn er wirklich den Zweck oder Beſtand des Zollvereins meint. Meint er aber den Zolltarif, ſo läßt ſich immerhin darüber reden, ob nicht in dieſem bedeutende Modificationen eintreten könnten, ſobald England einem oder dem andern Grundſatze ſeiner Handelsgeſetzgebung entſagen will. Die Sache hat ihre verſchiedenen Seiten. Wenn einmal die Korngeſetze über Bord gehen, ſo wiſſen wir, daß es im Sturme ſein wird. Die Vernunftgründe ſind erſchöpft. Die Furcht vor hungernden, zur Wuth gereizten Maſſen, das iſt das Motiv, das die Grundherren beſonders beſtimmen kann, dem Arbeiter wohlfeiles Brot zu gönnen. Streng genommen ließe ſich ein ſolches Ereigniß wol kaum als eine Conceſſion gegen eine fremde Regierung geltend machen. Viel weniger wäre zu erwarten, daß im Hinblick auf die Möglichkeit des Ereigniſſes irgend eine Regierung zu einer Gegenleiſtung ſich anheiſchig machen würde. Als ein engliſches Blatt den Dr. Bowring in Leeds ſagen ließ: „von Seiten des deutſchen Zollvereins ſei die Verſicherung ertheilt worden, daß auch eine bloße Modificirung der engliſchen Korngeſetze eine verhältnißmäßige Modificirung des Zolles von britiſchen Manufacturwaaren zur Folge haben werde," da begleitete die Preußiſche Staatszeitung die Stelle ſehr glimpflich mit einem Fragezeichen.

Digitized by Google

Wie viel vorſichtiger drückt Bowring ſelbſt ſich aus in ſeinem Berichte, dem immer das große Verdienſt bleiben wird, daß es die erſte Schrift eines Engländers iſt, der den Zollverein begriffen hat. Dieſer Bericht iſt jetzt in Aller Händen, in einer Überſetzung, deren ſtatiſtiſche Zugaben von kundiger Hand in Berlin bearbeitet ſind. Wir heben nur einige Stellen der angehängten Briefe aus Berlin aus: „Es herrſcht hier Neigung zu bedeutenden Conceſſionen, unter der Bedingung der Aufhebung der Korngeſetze und der Feſtſetzung eines mäßigen Zolles.“ „Der Dirigent des Zolldepartements ſagt, daß man eine allgemeine Reduction der Zölle auf Baumwollen und die Claſſification der Zölle auf Wollen vorſchlagen wolle, um die geringern Qualitäten von der Ausſchließung zu befreien, welche das Syſtem der Gewichtverzollung mit ſich bringt, ſowie eine Verringerung der Zölle auf Eiſenwaaren und Steingut beantragen; die Grundlage des Verſtändniſſes ſollte ſein, daß man ſo viel abließe, wenn die Zölle auf Bauholz um ſo viel vermindert würden, und ſo viel mehr, wenn ein feſter Zoll auf Weizen gelegt würde, anſtatt der jetzigen ſchwankenden Scala.“ Ferner ſehr beſtimmt: „Ohne Conceſſionen kann in der That nichts erwartet werden, ſondern die Geſetzgebung wird unvermeidlich feindſelig bleiben.“

Liegt, nach allem Dieſem, jede Ausſicht noch ſehr im Weiten? Vielleicht ſtehen England und Preußen ſich ſo fern doch nicht, als man denkt. Vielleicht gibt es einen Geſichtspunct, der die Verſtändigung erleichtert. Einer jener Briefe aus Berlin ſagt: „Es gibt manche Staatsmänner, die ſehr geneigt ſind, innigere Handelsverhältniſſe mit einem politiſchen Bündniſſe zu verknüpfen.“

Nachdem Hr. Cargill ſich bemüht hat, den deutſchen Zollverein als ein bloßes Werkzeug Preußens zum Zweck ſeiner Machtvergrößerung darzuſtellen, läßt er, wie er ſich ausdrückt, Rußland auf den Schauplatz treten, um zu beweiſen, daß Preußen, indem es durch den Zollverein ſeine eigne Macht zu fördern glaubte,

Digitized by Google

eigentlich nur den russischen Interessen gedient habe. Diese Behauptung erscheint so monströs, wird aber zugleich mit einer solchen Zuversichtlichkeit vorgetragen und bildet dermaßen den Kern von Hrn. Cargill's Schrift, daß wir in der That die Geduld unserer Leser in Anspruch nehmen müssen, wenn wir seine Beweismittel einer Analyse unterwerfen.

Das erste, was er anführt, ist die Äußerung eines russischen Diplomaten während des letzten russisch-türkischen Krieges: „La Prusse a son rôle tout fait et les objets de son ambition sous sa main, et ce n'est pas la Russie, qui souffrira de ces empiétemens — elle restera libre d'accomplir les siens, si son intérêt l'exige." Hr. Cargill hätte sich mindestens die kleine Mühe nehmen können, richtig zu citiren: die angeführten Worte stehen nicht, wie er sagt, in einer Depesche des Grafen Nesselrode, sondern in einer Depesche des Grafen Pozzo di Borgo.

Aber als weit wichtiger noch bezeichnet Hr. Cargill die „russische Denkschrift," die im Jahr 1834 an mehre deutsche Höfe gelangt sein soll und die, nachdem sie im Portfolio mitgetheilt war, in Deutschland mehrfach übersetzt und mit Anmerkungen begleitet worden ist. Wir wollen nun ganz absehen von dem Umstande, daß diesem Aufsatze jede Beglaubigung der Form mangelt, die ihm den Stempel einer vom russischen Cabinet ausgegangenen Mittheilung aufprägen könnte. Wir wollen nur unsere Leser fragen, ob, unter der Voraussetzung, daß er wirklich die Absichten und Wünsche Rußlands enthalte, die von Hrn. Cargill gezogenen Schlüsse aus den folgenden Stellen herzuleiten sind.

An eine Schilderung der finanziellen Lage der deutschen Staaten reiht sich nämlich eine Betrachtung, die wir unverkürzt und in möglichst getreuer Übersetzung wiedergeben. Sie lautet: „Daher mußte nothwendig der preußische Vorschlag eines, alle Mittelstaaten Deutschlands umfassenden, gemeinsamen Zollsystems willkommen sein. Den Unterthanen dieser Staaten dagegen war die Verbindung in demselben Maß unerwünscht; die Völker fürch-

Digitized by Google

teten durch die preußischen Manufacturen erdrückt zu werden; sie verlangten daher allgemeine freie Bewegung des Handels in dem ganzen Bundesgebiet. Die constitutionellen Regierungen, welche dem preußischen Zollsystem sich angeschlossen hatten, sahen sich augenblicklich, ihren gesetzgebenden Kammern gegenüber, in der größten Verlegenheit. Dennoch fand Preußen Mittel, seinen Plan durchzusetzen, und gewann die kleinern deutschen Staaten für sein Zollsystem. Wie rein mercantilisch auch diese Sache erschien, so liegt doch eine höhere politische Bedeutung, die von gewissen französischen Journalen richtig vorausgesagt ward, darunter verborgen. Denn bei den schwierigen Finanzverhältnissen der meisten deutschen Staaten werden die Regierungen abhängig von den Einflüssen, die auf ihre Finanzen wirken. Da nun der Zoll ein wichtiger Zweig des Staatshaushaltes ist, sowol mit Bezug auf innere Gewerbsthätigkeit als durch die Einnahme vom Transit, so gewinnt Preußen, indem es die kleinen Staaten in sein System zieht, durch den Zollverein sehr wesentlichen Einfluß auf die Finanzverhältnisse aller dem Verein einverleibten Staaten; und erwägt man die Beziehung zwischen den finanziellen und den politischen Interessen, so kann es nicht fehlen, daß die Staaten, die in Bezug auf einen Theil der Staatseinnahme von Preußen abhängig sind, in politischer Hinsicht eben so abhängig werden. Diese Abhängigkeit tritt freilich im Frieden nicht besonders hervor, aber im Fall eines ausbrechenden Krieges muß sie von großer Wichtigkeit sein. Nur die Passivität der österreichischen Regierung und die Besorgniß vor einem Zwiste mit Preußen kann die Gleichgültigkeit erklären, mit welcher jener Staat die Bestrebungen Preußens, alle die kleinern Staaten seinem Zollsystem zu verbinden, betrachtet hat. Eben darum ist von dieser Seite keine Sicherheit für die Unabhängigkeit der mindermächtigen deutschen Staaten zu erwarten. Aber die Opposition, die gegen Preußen in allen den kleinen deutschen Staaten durch die Bedrückung ihrer Industrie entstehen wird, und die von den einzelnen Regierungen

Digitized by Google

endlich in ernstliche Betrachtung gezogen werden muß, läßt hoffen, daß dieser Zollverein früher oder später sich auflösen, und daß ein neues, allgemeines Zollsystem unter der Leitung des deutschen Bundes eingeführt werden wird. Wenn diese Anordnung günstig für Preußen ausfällt, so wird man doch gewonnen haben, erstlich die Unabhängigkeit der kleinern deutschen Staaten; zweitens ihre finanzielle Emancipation von Preußen; und drittens eine große politische Macht für den deutschen Bundestag."

Wenn man annimmt, daß diese Denkschrift wirklich die Ansichten und Absichten des russischen Cabinets enthält, so wird man zugeben müssen, daß Rußland den deutschen Zollverein unter Preußens Leitung nicht gewünscht haben kann, und daß diese Thätigkeit Preußens der „fertigen Rolle" nicht entspricht, noch darunter verstanden sein kann, wovon im Jahr 1828 die Rede war. Die Denkschrift spricht vielmehr die Hoffnung aus, daß der Zollverein sich wieder auflösen werde. Und was soll an die Stelle desselben treten? Eben dasjenige, was der Graf Bernstorff im Jahr 1831 für ganz unausführbar erklärte — nämlich eine gemeinsame Zollgesetzgebung durch den Bundestag. Rußlands Absicht wäre demnach im vollständigsten Widerstreit mit dem preußischen System.

Doch das kümmert Hrn. Cargill wenig. Weit entfernt, sich dadurch irre machen zu lassen, behauptet er vielmehr, Rußland habe Preußens Ehrgeiz scheinbar begünstigt, und sich der preußischen Politik als eines Werkzeuges bedient; Rußlands eigne Entwürfe in Deutschland gehen aber viel weiter, und Preußen habe (wider seinen Willen, wie es scheint) sie fördern müssen. Nun schreibt Hr. Cargill mit Recht der russischen Regierung ein ganz ungewöhnliches Maß von Berechnung, von Umsicht und überlegener Thatkraft zu. Rußlands Entwürfe zeugen von bewunderungswürdigem Scharfsinn in der Beurtheilung sowol als in der Umbildung der vorhandenen Verhältnisse. Wohl, laßt uns zusehen, ob unter Hrn. Cargill's eigner Voraussetzung Rußland

Digitized by Google

nicht etwas durchaus Verfehltes, etwas Unausführbares gewollt hätte.

Einmal, geht denn der deutſche Zollverein ſeiner Auflöſung entgegen? Vielmehr iſt ſeit dem Jahr 1834 ſeine Grenze erweitert und ſeine Dauer verlängert worden. Warum hätte er auch ſich auflöſen ſollen? Die Beſorgniß, daß die Induſtrie der andern Ländern durch die preußiſche erdrückt werden möchte, hat ſich als gänzlich unbegründet ausgewieſen. Oder nenne man doch in den letzten drei Jahrhunderten der Zerriſſenheit eine Periode ähnlicher Entwickelung der Induſtrie im deutſchen Vaterland und ähnlicher Mitbewerbung auf den fremden Märkten. Und ſo wenig bis jetzt die andern Staaten die freie Concurrenz der preußiſchen Induſtrie zu ſcheuen hatten, ſo wenig hat die gedrohte Abhängigkeit der andern Regierungen von der preußiſchen bis jetzt (zur Friedenszeit, was wir der Denkſchrift natürlich zugeben) in Folge des Zollvereins ſich fühlbar gemacht. Der Zollverein bedarf noch der organiſchen Ausbildung ſeiner Inſtitutionen; aber ein Bund der Intereſſen, und zwar der Intereſſen der Völker, wird dieſe Ausbildung um ſo leichter finden, da die Völker oder, wenn man will, die ſtändiſchen Kammern keine Art von Eiferſucht einer Einheit entgegenſetzen werden, die als moraliſches und materielles Bedürfniß zugleich anerkannt iſt.

Zweitens, was iſt denn geſchehen, oder auch nur verſucht worden, um das von der Denkſchrift empfohlene Ziel einer Bundesgeſetzgebung über das Zollweſen anzubahnen? Die Anträge und Abſtimmungen von Hanover, Sachſen und Hamburg am Bundestage ſind früher als das vermuthliche Datum der Denkſchrift. Uns iſt nur ein Verſuch bekannt, die Sache auf's neue aufzunehmen, ein Antrag nämlich, der in den wiener Miniſterialconferenzen im Jahr 1834 geſtellt worden. Hr. Cargill freilich kennt dieſen Antrag nicht; wir wollen aber nicht verſchweigen, was ſein ſchwaches Argument zu ſtützen ſcheinen könnte. Derſelbe ging, nach den gleichzeitigen Berichten, dahin: „dem durch

Digitized by Google

Art. 65 der wiener Schlußacte zur fernern Berathung der Bundesverfassung gestellten Art. 19 der Bundesacte weitere Folge zu geben, namentlich 1) durch Herstellung eines zusagenden, jegliches Mistrauen entfernenden Rechtszustandes hinsichtlich derjenigen Verkehrsinteressen, welche in Gemäßheit der durch das Bundesverhältniß oder ausdrückliche Verträge gebotenen Verpflichtungen den Schutz des Bundes für deren Aufrechthaltung anzusprechen berechtigt sind; 2) durch unermüdete Sorge, dem deutschen Verkehrsleben im Innern wie nach außen jede positive, durch gemeinsames Mitwirken aller Staaten und Staatenvereine zu erreichende und vollständig nur durch dieses erreichbare Entwickelung zu verschaffen."

Will man etwa in diesem Antrag eine Wirkung der Denkschrift finden? Dann vergesse man nicht, daß er von Hanover gestellt war und daß die Denkschrift dem Bundestag ein russisches Protectorat anempfiehlt. Nimmt man an, daß diese Denkschrift der hanoverschen Regierung mitgetheilt worden sei, so wäre wohl erklärlich, daß dieselbe sofort in englische Hände fallen und ihren Weg in's Portfolio finden konnte, nicht aber, daß Hanover in einer auch nur von fern entsprechenden Weise gehandelt. Hr. Cargill wird uns sagen, das Bekanntwerden des Memoire in England sei unverfänglich, Lord Palmerston sei ein „russischer Agent." Aber an der Spitze der hanoverschen Regierung stand damals ein englischer Prinz, der Herzog von Cambridge, den man eben keiner russischen Sympathien beschuldigen wird. Also selbst wenn wir Hrn. Cargill in seinem eignen Ideenkreise folgen, wird uns jener Antrag nicht als eine Folge der russischen Denkschrift erscheinen können. Und jener Versuch, den Bundestag zu einer Zollgesetzgebung zu veranlassen, ist, ungeachtet der beschlossenen allseitigen Instructionseinholung, nicht nur ganz erfolglos, sondern auch, soviel bekannt, der einzige seitdem geblieben.

Aber für die Auflösung des Zollvereins liegt nicht allein kein

Digitized by Google

Beweggrund vor, noch ist eine dahin zielende Thätigkeit deutscher Regierungen seit 1834 nachzuweisen, sondern der Plan der Denkschrift, gleich viel ob man einen russischen Entwurf darin erblicken mag oder nicht, muß gradezu eine moralische Unmöglichkeit genannt werden. Denn er läuft wesentlich darauf hinaus, daß der Bundestag, d. h., daß die deutschen Staaten zweiten und dritten Ranges sich einem russischen Protectorat unterwerfen sollen. Es sind die Ideen, welche die „Europäische Pentarchie" ausgebeutet hat — Ideen, zu welchen zur Zeit noch Niemand mit Namen sich bekannt hat, vermuthlich, weil Niemand Lust hat, den Abscheu und die Verwünschungen jedes deutschen Herzens von Memel bis Basel auf sich zu laden — Ideen, deren Ausdruck der Verfasser jenes Werkes selbst vielleicht nur hingeworfen hat, um den Deutschen die Augen zu öffnen, und um über die Möglichkeit des Entwurfs den Schrei des Unwillens hervorzurufen, der die Unmöglichkeit der Ausführung bezeugt. Nur wer die Gesinnungen und Gefühle nicht kennt, welche die Erscheinung der „Pentarchie" an's Licht gefördert hat, überhaupt nur ein Engländer, der die Deutschen für eben so unwissend in Beziehungen der auswärtigen Politik, für eben so verblendet und befangen in innern Parteiungen hält wie seine Landsleute, nur ein Solcher kann sich überreden, daß bei irgend einer Partei, bei irgend einer Corporation, bei irgend einem Einzelnen in Deutschland, der etwas zu verlieren hat, und wäre es auch nur die Erbschaft des deutschen Namens, die Idee einer undeutschen, einer russischen Schutzherrschaft Anklang finden könnte. Nein, die Deutschen sind keine solche Fremdlinge in der Geschichte der letzten 50 Jahre, um nicht zu wissen, was Rußlands Schutz bedeutet.

Triumphirend wiederholt Hr. Cargill seinen Refrain, daß die Handelsgesetzgebung anderer Staaten in der russischen Denkschrift gar nicht erwähnt sei. Die Bemerkung hat ihre Richtigkeit, aber der Triumph scheint uns etwas unlogisch. Wenn in preußischen Staatsschriften, die nur für das Auge der preußischen

Digitized by Google

Regierung bestimmt waren, kein Wort von den Korngesetzen stand, so ließ sich darauf etwa die Frage gründen, ob die englische Handelspolitik unter den Motiven des Zollvereins wirklich eine Stelle habe. Aber die „russische Denkschrift" entwickelt grade die ostensibeln Gründe, nicht die geheimen Springfedern für den dargelegten Plan. Laßt Hrn. Cargill selbst sagen, wenn von den Korngesetzen die Rede wäre, ob er nicht argumentirt haben würde: das ist nur ein Scheingrund, die wahren Motive sind anderer Natur. Und doch soll das Schweigen der Denkschrift Etwas bedeuten.

Auf der andern Seite hat er nicht angemerkt, daß die Denkschrift auch kein Wort sagt von denjenigen Vortheilen, welche er als die eigentliche Lockspeise Rußlands für die Deutschen betrachtet — nämlich von der Theilnahme an dem asiatischen Handel, die durch die Gnade Rußlands den Deutschen zufallen soll. Über diese Sache geräth Hr. Cargill außer sich. Er hat im Portfolio Auszüge aus Nebenius' Schrift über den deutschen Zollverein gelesen, und darin die folgende Äußerung angetroffen: „Wir glauben nicht an eine nahe Vernichtung der britischen Herrschaft (in Ostindien), und erwarten diese weit eher in Folge innerer Erschütterungen, als von einer Berührung beider Mächte (Rußlands und Englands) im blutigen Kampfe; wünschen aber, daß ein reger Wetteifer derselben in friedlichen Unternehmungen die rasche Entwickelung des Orients fördere, und in dem wetteifernden Bestreben zur Erweiterung und Vervielfältigung der Handelsverbindungen das Übergewicht immer mehr auf Rußlands Seite sich neige, indem wir voraussetzen, daß eine erleuchtete Handelspolitik die Interessen des asiatischen russischen Handels mit denen des ganzen mittlern Europa wohlthätig vermitteln wird."

Was würde er erst sagen, wenn ihm die „Ansichten über den Landhandel nach Asien durch Rußland" (Berlin, 1828) bekannt wären, worin der Gegenstand mit der meisten Sachkenntniß, oder gar der „Todeskampf des britischen Leoparden" (Wei-

Digitized by Google

mar, 1837), worin derselbe mit der entschiedensten Feindseligkeit gegen England behandelt ist. So aber kennt er nur Nebenius, von dem er zuerst sagt, er schreibe „fast officiell," und dessen Schrift er nachher gradezu ein „russisch-deutsches officielles Werk" nennt.

Vielleicht kann es zu seiner Beruhigung dienen, wenn wir ihm einen Schriftsteller nachweisen (freilich können wir nicht sagen, er schreibe „fast officiell," aber er scheint uns doch ganz verständig zu schreiben), der mit dem Raisonnement von Nebenius sehr unzufrieden ist. Wir meinen Osiander, der in seinen „Betrachtungen über den preußischen Zolltarif" (Stuttgart, 1837) sich folgendermaßen äußerte, noch ehe Hr. Cargill seine Entdeckungen auf dem Felde der deutschen Handelspolitik der Welt verkündete: „Hr. Nebenius hegt sehr sanguinische Hoffnungen von dem Handel mit dem Innern Asiens, die wir nicht ganz theilen können. Er scheint uns dabei von einer großen Vorliebe für Rußland (wir sind entfernt, andere Motive unterstellen zu wollen) geleitet zu werden, die sich in folgender Stelle deutlich ausspricht." Folgt die schon angeführte Stelle; sodann fährt Osiander fort: „Ob der letzte Theil dieses Wunsches sehr großen Beifall im Publicum findet, bezweifeln wir sehr. Wir für uns wenigstens wüßten keinen einleuchtenden Grund zu finden, warum man Rußland das Übergewicht in den Handelsverbindungen mit dem Innern Asiens zu wünschen hätte. Seine Handelspolitik gegen andere Staaten ist offenbar noch weit feindseliger als die englische, und eine gänzliche Metamorphosirung derselben scheint uns nicht so bald zu erwarten zu sein."

Wenn Nebenius den Engländern mit Differenzzöllen droht, so wird es Hrn. Cargill ein Lächeln abgewinnen, daß dagegen Osiander den Russen drohen will, England werde deutsches und nur deutsches Getreide, zum großen Verdrusse der russischen und polnischen Landeigenthümer, zulassen, wenn der Zollverein die Einfuhr britischer Fabrikate erleichtern wolle; dadurch werde Ruß-

Digitized by Google

land zur Ermäßigung ſeines Tarifs gezwungen werden. Vielleicht wird Hr. Cargill aus dieſem Antagonismus am beſten erſehen, daß dies alles eben nur die Privatgedanken der beſagten Schriftſteller ſind, und daß auch Nebenius' Vorliebe für Rußland kein ſo gar ſehr gefährliches Symptom ſein wird für die Intereſſen Altenglands.

Was uns betrifft, ſo glauben wir mit Nebenius, daß England auf der Welt kein ausſchließliches Recht hat, auf den Märkten Mittelaſiens zu dominiren; daß Rußland vollkommen gleich berechtigt iſt, wenn es ſeinen Einfluß im weſtlichen Aſien zu Gunſten ſeiner Induſtrie aufzubieten ſucht (und wir ſehen aus Gens' und Hagemeiſter's neueſten, von der kaiſerl. Akademie publicirten Schriften, wie ernſtlich Rußland die commercielle Phyſiognomie jener Länder erforſchen läßt); auch ſind wir überzeugt, daß der deutſche Unternehmungsgeiſt ſich nicht von der Mitbewerbung wenigſtens auf dem Markte von Trebiſond darf zurückſchrecken laſſen. Dagegen ſind wir eben ſo feſt mit Oſiander überzeugt, daß die Deutſchen ſehr große Thoren wären, wenn ſie zu Gunſten ihrer Induſtrie von Rußland auch nur das Geringſte hoffen wollten, und zugleich, daß das natürliche Übergewicht der engliſchen Induſtrie, in Verbindung mit den derſelben dienſtbaren Communicationsmitteln, ſich noch lange Zeit geltend machen wird. Ja, wir würden dieſes Übergewicht noch für weit entſchiedener achten, wenn wir nicht endlich mit Hrn. Cargill ſelbſt und mit ſeinen Freunden darin einig wären, daß Lord Palmerſton's Politik die Mittel gefunden hat, dem moraliſchen und politiſchen Einfluß Englands in Mittelaſien durch verkehrte Maßregeln aller Art unberechenbaren Abbruch zu thun, indem England für große Anſtrengungen in Perſien und Afghaniſtan nur wenig Dank erworben, Rußland aber ohne alle Anſtrengungen, blos durch ſeine überlegene Diplomatie namhaften Vortheil gezogen hat.

Aber man traut ſeinen Augen kaum, wenn man ſieht, mit

Digitized by Google

welchen abenteuerlichen Gestalten Hrn. Cargill's Phantasie die Entwürfe Rußlands umgibt. In den Auszügen aus Nebenius hat er gefunden, daß deutschen Auswanderern die südlichen Theile des russischen Reiches, insbesondere die transkaukasischen Provinzen, empfohlen werden, als ein Land, wo nicht allein Milch und Honig fleußt, sondern woselbst Weizen und Obst, Mais und Wein, die Olive und die Maulbeere, wo Baumwolle und Zuckerrohr, vielleicht auch Indigo gedeiht. Daß das Klima jener Provinzen diese Erzeugnisse begünstigt, ist bekannt, und die Vermuthung liegt sehr nahe, daß Rußland sich bestreben wird, durch Förderung der Bodencultur von der Versorgung durch das Ausland allmälig sich unabhängig zu machen. Wir erinnern uns namentlich eines interessanten statistischen Aufsatzes, der 1838 im „British and Foreign Review" erschien und die dahin einschlagenden Absichten der Regierung entwickelte. So z. B. sollte der daniederliegende Seidenbau gehoben werden; eine Maulbeerpflanzung von 15,000 Desátinen Land in der Gegend von Saliau würde nahezu die 16,000 Pud Seide liefern, die Rußland jetzt noch einführt. Für die Baumwollencultur, die bei Eriwan seit dem Aufhören der persischen Herrschaft beinahe auf ein Viertel des frühern Bestandes, bis auf 15,000 Pud herabgesunken, sollen 40,000 Desátinen bestimmt werden, um 600,000 Pud zu erzielen, während Rußland deren 730,000 einführt. Diese Angaben selbst, die wir mit Absicht einem Journal entlehnen, dessen Tendenz Hr. Cargill befreundet ist, beweisen, daß Alles zur Zeit noch im Werden, und daß nur von Entwürfen, und höchstens nur von dem russischen Bedarfe die Rede ist. Mit Indigo sind, demselben Journale zufolge, in der Gegend von Tiflis Versuche gemacht und, den Vorhersagungen Klaproth's zum Trotze, gelungen.

Wenn nun Rußland mit einem oder dem andern Artikel es nicht blos bis zur genügenden innern Versorgung, sondern auch bis zur Ausfuhr bringen sollte, was kann Hr. Cargill dagegen

Digitized by Google

einzuwenden haben? Hat etwa der Zollverein geglaubt, gegen die Schafzucht in Neuſüdwales Einſprache erheben zu können, als gegen eine feindſelige Maßregel? Würde nicht jede ſolche Äußerung mit wohlverdientem Hohne zurückgewieſen werden? Hr. Cargill aber unterhält uns allen Ernſtes von einem gegen England beiſpiellos feindſeligen Rieſenplane Rußlands. Rußland will die Deutſchen mit Gewalt zu einem Fabrikvolke machen, um der deutſchen zuſammt ſeiner eignen Induſtrie, mit gänzlicher Ausſchließung der engliſchen, den aſiatiſchen Markt zu öffnen; Rußland will zugleich die Colonialproducte mit Hülfe deutſcher Pflanzer in Weſtaſien heimiſch machen, um die weſtindiſchen Colonien und den Handel der Engländer zu ruiniren. Aſien ſoll Europa mit Colonialwaaren verſorgen und dafür ruſſiſche und deutſche Fabrikate wieder nehmen.

Man ſieht, es wird eine Geſchichte werden, wie der verrufene Vertrag, der Methuen-Vertrag, zwiſchen England und Portugal. Das Zuckerrohr wird eine bedeutende Rolle dabei ſpielen. Man weiß ja, daß von Syrien aus durch die Kreuzfahrer der Zucker im weſtlichen Europa verbreitet und daß das Zuckerrohr oder doch deſſen Bereitung erſt durch die Spanier nach Weſtindien verpflanzt worden. Das Zuckerrohr demnach hat wol ſeine „fertige Rolle.“ Uns wundert nur, daß Hr. Cargill nicht ſagt, Rußland habe die Emancipation der Sklaven in den britiſchen Colonien veranlaßt, um dadurch die Zuckerproduction zu vermindern und ſeine heimlichen Zuckerprojecte in Aſien zu fördern.

Hr. Cargill beſinnt ſich indeſſen noch zu rechter Zeit, daß es nicht ganz ſo geſchwind gehen wird (it will be a work of some time), den deutſchen Zollverein von Weſtaſien aus mit Zucker zu verſorgen. Einſtweilen, meint er, ſei der holländiſche Vertrag ein bequemes Auskunftmittel, eins der Mittel, um Deutſchland nach und nach in allen Stücken von England unabhängig zu machen. Somit wäre die wirkliche, die verborgene Abſicht des holländiſchen Vertrags mit einem Mal aufgefunden. Schade nur,

Digitized by Google

daß die Parallele mit dem asiatischen Plane nicht vollständig durchzuführen ist. Oder will Hr. Cargill behaupten, die holländischen Colonien senden uns ihren Zucker und nehmen dafür unsere Manufacturwaaren? Wenn er das beweisen, oder, noch besser, wenn er es wirklich machen kann, so soll er uns ein großer Apollo sein. Ist dies aber nicht der Fall, so wird er erfahren, daß der Zollverein, des Experiments müde, den Vertrag in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht erneuern wird. Nicht von uns möge Hr. Cargill erwarten, daß wir für den holländischen Vertrag, so wie er ist, eine Lanze einlegen. Denn derselbe scheint uns gutentheils unerwiderte Zugeständnisse zu Gunsten Hollands zu enthalten. Um so einleuchtender, wird Hr. Cargill sagen, ist die Feindseligkeit gegen Großbritannien. Diese Behauptung würde nur einen Sinn haben, wenn die in Folge der Cabinetsordre vom 10. April 1839 eingetretenen Anordnungen nicht stattgefunden hätten. Aber auch mit diesen Modificationen glauben wir nicht, daß der holländische Vertrag erneuert werden wird. Die öffentliche Meinung in Deutschland hat sich zu einstimmig ausgesprochen; die deutschen Interessen liegen zu klar am Tage. Und dies ist die einzige Rücksicht, der man eine Einwirkung zugestehen kann. Wir halten Differenzzölle überall für unpolitisch. Aber wenn der Zollverein es seinen Interessen gemäß finden könnte, sie gegen England anzuordnen, so wäre er vollständig in seinem Recht, es zu thun; England hätte keinen Schatten von Recht, dagegen Einsprache zu erheben.

Über diesen Gesichtspunct ist Hr. Cargill sehr im Unklaren. Sobald er englische Interessen bedroht hält, so stellt er sich an, als wären englische Rechte verletzt, und druckt mit ganz großen Buchstaben: „Infraction of British commercial rights.“ So hat er in Bowring's Berichte gelesen, daß der preußische Gesandte im Jahr 1825 als Grundsatz des Tarifs ausgesprochen, fremde Manufacturen nicht über 15 Proc. vom Werth zu besteuern, daß aber in der Wirklichkeit manche Artikel, nament-

Digitized by Google

lich von geringerer Qualität, ſehr viel höher beſteuert ſeien. Er hätte ebendaſelbſt leſen können, daß dieſe höhere Beſteuerung von deutſchen Schriftſtellern längſt für unpolitiſch erklärt iſt, und daß es nur große Schwierigkeit hat, ſie bei einem Syſteme des Gewichtzolles in einzelnen Fällen zu vermeiden. Er aber ſpricht ſofort von einer Verletzung britiſcher Rechte. Er behauptet, der damals dargelegte, ſeitdem erhöhte (?) Zoll ſei die Grundlage wichtiger Conceſſionen von engliſcher Seite geweſen.

Nun ſo nenne er doch dieſe wichtigen Conceſſionen. Aus der officiell kundgemachten Correſpondenz geht hervor, daß England erklärte, es könne ſich auf nichts einlaſſen. Hat Hr. Cargill vielleicht geheime Nachrichten über wichtige Conceſſionen, welche England damals gemacht, und deren Licht Preußen unbegreiflicher Weiſe unter den Scheffel geſtellt? Doch nein, denn aus dem Zuſammenhange ſieht man, daß er die Abänderung der Schiffahrtsacte meint. Da iſt er aber in einem böſen Irrthume begriffen. Flaggengelder ſind nicht Waarenzölle, und die Abänderung der Schiffahrtsacte fand ſtatt in Folge einer Erhöhung der Flaggengelder, nicht in Folge jenes Notenwechſels über Waarenzölle. Schon die Zeitfolge hätte ihn darüber belehren können, denn die betreffende Parlamentsacte datirt vom 18. Jul. 1823, die angeführte Note des Barons Maltzan aber vom 25. Dec. 1825. Wenn Hr. Cargill wieder von Rechtsverletzung reden will, ſo iſt ihm anzurathen, daß er ſich zuvor etwas genauer nach dem Sachverhältniß erkundige.

Iſt dies alles vielleicht gegen England geſagt? Nein, nur gegen die Prätenſionen eines Engländers. Wir wünſchen ſehnlich, wer wünſcht es nicht? daß eine Verſtändigung zwiſchen dem deutſchen Zollverein und England zu Stande kommen möge. Und wir wünſchen es nicht blos in commercieller, ſondern eben ſo ſehr und mehr noch in politiſcher Beziehung. Freilich müſſen wir zugleich wünſchen, daß in England ein kräftiges und nationales Miniſterium dem gegenwärtigen folgen möge, ein ſolches, deſ-

Digitized by Google

sen Bestand nicht von heute auf morgen ungewiß, dessen auswärtige Politik nicht bei der glimpflichsten Beurtheilung als eine dem moralischen Einfluß und den materiellen Interessen Englands verderbliche sich darstellt. Ein Ministerium, das Englands Interessen begreift und sie aufrechtzuhalten entschlossen ist, wird sich nicht täuschen über die große Bedeutung, welche der Entwickelung deutscher Nationalität im europäischen Staatensysteme zukommt.

Laßt uns aber zum Schlusse noch einen Blick auf die Frage werfen, ob im Fall eines Kriegs zwischen England und Rußland der Zollverein auf der Seite Rußlands stehen würde. Hr. Cargill wird von Preußen, nach seiner ganzen Ansicht von der preußischen Politik, nichts Anderes erwarten. Es würde vergeblich sein, die Tendenzen einer neuen Regierung errathen zu wollen, bevor sie selbst für gut gefunden hat, dieselben kundzuthun. Wollten wir von der Stimmung in Preußen reden, so würde Hr. Cargill erwidern, das Volk habe nicht mitzusprechen; oder von den Interessen, so würde er auf das bisherige Verhalten der preußischen Regierung bei der Zollbedrückung an den Grenzen hinweisen. Wenn wir ihn aber für den Augenblick auch bei seiner Voraussetzung lassen, so läßt sich immer noch fragen, ob die übrigen Zollvereinsstaaten sich anschließen würden, falls Preußen für sich geneigt wäre, auf Rußlands Seite zu treten. Wir nehmen natürlich an, daß Österreich auf englischer Seite stehen würde. Bei der Beschaffenheit der Interessen, welche Österreich in der orientalischen Frage zu vertreten hat, ist eine andere Combination undenkbar. Gott wolle verhüten, daß jemals wieder Deutsche gegen Deutsche stehen! Aber wenn es wäre — und bei dieser ganzen Untersuchung handelt es sich nur um ein Äußerstes, das wol ein Fremder, nicht aber ein Deutscher mit Gleichmuth denken kann — wenn es möglich wäre: was wäre dann die Politik der mindermächtigen Staaten?

Preußen, mit Rußland gegen Österreich, wir fragen Jeden,

Digitized by Google

der die Geſchichte kennt, ob dieſe Combination einen andern Sinn haben könnte, als das Streben nach einem Zuwachs von Gebiet, nach Arrondirung, auf Koſten des tractatenmäßigen Beſitzſtandes. Dieſer Eindruck würde augenblicklich der Mindermächtigen ſich bemeiſtern, und würde ſie drängen, Schutz zu ſuchen in der öſterreichiſchen Allianz. Für Öſterreich, ſo wenig es auch eine Abſicht dargethan hat, ſich in Deutſchland populair zu machen, lebt doch im „Reich," zumal bei allen Schwächern, noch eine ungeſuchte Pietät. Dem Übelwollen ſelbſt wird es nicht gelingen, Öſterreich des Strebens nach Vergrößerung in Deutſchland verdächtig zu machen. Die unerfreulichſten Verhandlungen des Wiener Congreſſes, diejenigen, die zu der geheimen Trippelallianz führten, ſind, vor Ablauf des Vierteljahrhunderts, der Öffentlichkeit verfallen. Die Lehre, die daraus fließt, würde für keinen Denkenden verloren ſein. Die Stimmung in den conſtitutionellen Staaten würde, ſobald es ſich zu einer Entſcheidung für Rußland oder gegen Rußland drängte, die natürliche Politik der Regierungen mächtig unterſtützen. Preußen aber würde den ganzen moraliſchen Einfluß einbüßen, den es durch den Zollverein nicht ohne bedeutende Opfer erlangt hat. Kein möglicher Gebietszuwachs könnte den Verluſt erſetzen, weil es ein moraliſcher iſt; denn Preußen iſt weit mächtiger in Deutſchland durch ſeine Friedensthätigkeit, als durch ſeine imponirenden Streitkräfte.

Auch in materieller Hinſicht würde die Auflöſung des Zollvereins für Preußen nicht gleichgültig ſein können. Die Ziffer der directen Zolleinnahme möchte ſich wol höher ſtellen; aber wie müßte die Beſchränkung des freien Marktes auf die Induſtrie und den Wohlſtand zurückwirken! Und Preußen ſollte ſeine moraliſchen und materiellen Intereſſen ſo weit verkennen, um einem fremden Bündniſſe zu Liebe von Deutſchland ſich abzuſondern? Wir haben nur von den Intereſſen geſprochen. Es gibt noch eine Schutzwehr gegen ruſſiſchen Einfluß; Hr. Cargill kennt ſie nicht, denn er kennt Deutſchland nicht: ſie liegt in deutſcher Geſinnung!

Digitized by Google

III. Vision eines Dänen.

Wenn Franzosen und Engländer durch den deutschen Zollverband ihre Interessen gefährdet halten, wenn sie einen tiefen Plan commerzieller und politischer Feindseligkeit gegen das Ausland darin erblicken, so zeigt uns dagegen, im Spiegel der Zukunft, ein Däne sein Vaterland als jener Handelseinigung nicht nur innig befreundet, sondern als integrirenden Theil derselben. Wenigstens wird der pseudonyme Verfasser des „nordalbingischen Zollvereins" *) erlauben, daß wir ihn für einen Dänen nehmen, da in seinen Rathschlägen die Rücksicht auf dänisches Staatsinteresse so augenscheinlich vorwaltet.

Er wendet sich zunächst an die Bürger der Hansestädte Hamburg und Lübeck und räth ihnen, nicht länger in ihrer vereinzelten Stellung zu verharren. Es sei Bedürfniß für sie, einem größern Ganzen sich anzuschließen. Am ersten und besten dem Königreiche Dänemark, mit seinen deutschen Provinzen. Nehme man noch Mecklenburg auf, so sei der nordalbingische Zollverein constituirt.

Dieser müsse dann als Einheit mit dem preußischen Zollverein unterhandeln, und günstige Bedingungen der Aufnahme nöthigenfalls durch geeignete Maßregeln erzwingen. Für Preu-

*) Nordalbingischer Zollverein, durch Dänemark, Mecklenburg, Hamburg und Lübeck, und dessen Anschluß an den preußischen Zollverein. Von A. Ralfunov. Hamburg, 1840. Nestler und Melle.

Digitized by Google

ßen, für ganz Deutschland werde der Beitritt der nordalbingischen Staaten von großer Wichtigkeit sein; darum hauptsächlich, weil Dänemark eine Kriegsflotte besitzt und Colonien. Schade, daß der Anschluß des hanoverschen Zollvereins (dessen Bewegungen auch Bremen folgen muß) nicht zu erwarten steht, so lange Hannover noch durch ein dynastisches Interesse an England geknüpft ist. Doch werde es ein erhebendes Schauspiel sein, von der Schweizergrenze bis zum Öresund, vom Niemen bis zum Rhein einen Verein von Völkern im engsten Verbande zu sehen, durch gleiche Interessen im Frieden und im Kriege zusammengehalten. Um die Sache mit Einem Mal anschaulich zu machen, weht (einstweilen freilich nur auf einem losen Blatt, das der Schrift beiliegt) die Bundesflagge am obern und untern Rande „die deutsche Nationalfarbe: schwarz;" in der Mitte das dänische weiße Kreuz im rothen Felde: es zeigt „die Principalwürde Dänemarks als Vorsteher, man darf wol sagen als Großadmiral der Vereinsstaaten, und deren Seeprotector."

Wenn wir uns nun die Freiheit nehmen, diese Aussicht als eine Vision zu bezeichnen, so liegt uns ob, vor Allem die Vortheile zu beleuchten, welche nach des Verfassers Behauptung für die allgemein deutschen Interessen aus der Verbindung mit Dänemark erwachsen sollen. So viele Mühe er sich auch gibt, den Hansestädten den Anschluß an Dänemark möglichst annehmbar und vortheilhaft darzustellen (weil er eben zur Realisirung seines Plans der Hanseaten insbesondere zu bedürfen glaubt), so kann doch dem Verfasser nicht entgangen sein, daß Gewinn oder Verlust der Hansestädte eine untergeordnete Betrachtung wäre, wenn jemals die besondern Interessen dieser Städte mit den allgemeinen des gesammten deutschen Vaterlandes in Widerspruch treten könnten.

Denkt man sich Dänemark als Mitglied des Zollvereins, so erinnert der erste Blick auf die Karte an ein Verhältniß, das der Verfasser sich freilich wohl hütet zur Sprache zu bringen: näm-

Digitized by Google

lich die Schwierigkeit und die Kosten der Grenzbewachung. Wie lang und schmal läuft nicht Jütland in die See hinaus! Wie sind die Gestade der Inseln durch mannichfaltige Buchten gekrümmt und gezackt! Es ist eine bekannte Erfahrung, daß die Bewachung einer Grenzmeile etwa so viel kostet, als die Bewohner einer Quadratmeile desselben Staates durchschnittlich an jährlichem Zollertrag entrichten. Die Dichtigkeit der Bevölkerung kommt hier allerdings in Betracht, indem der Reiz und die Veranlassung zum Schmuggeln, und eben dadurch die Kosten der Bewachung, in demselben Verhältnisse mit der Einwohnerzahl zunehmen. Was indessen durch die minder starke durchschnittliche Bevölkerung des dänischen Staates erspart wäre, das würde durch die eigenthümlichen Schwierigkeiten der Bewachung einer Seegrenze, und einer solchen Seegrenze, reichlich wieder darauf gehen. Es ist gewiß eine mäßige Schätzung, wenn man für die dänischen Inseln mit Jütland und den Herzogthümern eine Seegrenze von 3—400 Meilen annimmt, und wenn man rechnet, daß die effective Bewachung derselben (von der Landgrenze ganz abgesehen) 30—40 Proc. vom Rohertrage des Zolls wegnehmen würde.

Um das Opfer zu würdigen, das dem Zollverein aus der Aufnahme Dänemarks erwachsen würde, mag man folgende thatsächliche Verhältnisse in's Auge fassen. Durch den Anschluß der seit 1833 beigetretenen Staaten hat der Zollverein an Areal 2628 Quadratmeilen, an Einwohnerzahl 10,300,000 Menschen gewonnen. Dabei ist die Grenzstrecke noch um sieben Meilen vermindert, und ist den einzelnen Staaten zusammengenommen die Bewachung von nicht weniger als 650 Meilen früher zu schützender Grenzen erspart worden. Es kann also, ohne den Bruttoertrag weiter zu schmälern, so viel mehr an effectiven Zollschutz, genügende Besoldung der Beamten ꝛc. gewendet werden. Durch Dänemarks Aufnahme würde das Vereinsgebiet um 1020 Quadratmeilen mit etwa 2 Mill. Einwohnern vergrößert. Dieser Zuwachs würde mit sich führen (um von der Landgrenze wie-

Digitized by Google

der ganz zu schweigen, weil an dieser durch den Anschluß etwas erübrigt werden kann) eine Seegrenze von, wir wollen sagen mindestens 300 Meilen Länge. Von den Kosten der gesammten, dergestalt um 300 Meilen verlängerten, Grenzstrecke des Vereins hätte Dänemark (nach dem Maßstabe seiner Bevölkerung) etwa zu tragen den Zollschutz von 100 Meilen; die Kosten für die übrigen 200 Meilen würden auf die übrigen Vereinsstaaten repartirt. Der Vortheil wäre also in dieser einen Hinsicht sehr entschieden und bedeutend auf dänischer Seite.

Fragt man nun, welche Vortheile Dänemark seinerseits dem Zollverein anzubieten habe, so finden wir in der vorliegenden Schrift durchaus keine Antwort als den nur immer wiederkehrenden Refrain: seine Flotte und seine Colonien, seine Colonien und seine Flotte. Dänemarks Kriegsflotte: — es klingt doch fast wie Spott, wenn diese Seemacht (6 Linienschiffe von 66—84 Kanonen, 8 Fregatten, 5 Corvetten) nicht allein die dänische und schleswig-holsteinische, sondern nun auch die ganze preußische, hanseatische und mecklenburgische Rhederei im Fall eines Seekrieges beschützen, und über alle diese Küstenstaaten ein Seeprotectorat ausüben soll.

Nur die Naivetät der nachfolgenden Bemerkungen kann uns überzeugen, daß der Autor im Ernste schreibt. Dänemarks Flotte sei der „böse Köder," welcher die kriegführenden Mächte anreizen könnte; während sie jetzt im Frieden unthätig liege und im Kriege leicht die Beute der Übermacht werde, würde sie als Schutzmarine für die Vereinsflagge eine herrliche Bestimmung erhalten; Dänemark würde dann nicht eine Flotte haben, die als solche die Begierde reizen möchte, sondern nur Kriegsschiffe, die vereinzelt auf vielen Stationen wären. Das soll, wie es scheint, so viel heißen: wenn es in den heimischen Gewässern nicht geheuer ist, so würde das Seeprotectorat den willkommenen Anlaß für die Flotte darbieten, sich zu zerstreuen und so vereinzelt „out of harm's way" zu gelangen. Der Verfasser wird nicht in Ab-

Digitized by Google

rede stellen, daß bei einem solchen Plane die Sicherheit des Protectors besser berathen sein möchte als die der Küsten, denen er Schutz verheißen hätte.

Damit ist aber die Summe der Geständnisse noch nicht erschöpft. Der Sundzoll bezahlt so ziemlich die Kosten des dänischen Marine-Etats; er muß sorgfältig conservirt werden. Preußen, mit welchem Staate jetzt über die „Belästigungen des Sundzolls" leicht Discussionen entstehen könnten, wird vielmehr ein großes Interesse an dem Bestehen des Sundzolls haben, sobald Dänemark im Zollverein ist. Nicht etwa, daß Preußen am Zollertrag einigen Antheil haben sollte, nein, der Sundzoll muß Dänemark ausschließlich verbleiben. Aber Preußen wird sich lebhaft dafür interessiren, daß die dänischen Finanzen bei Kräften bleiben, wenn Dänemark ein Zollvereinsstaat ist; darum wird Preußen für den Sundzoll ein mächtiger Anwalt sein. Also, wenn andere europäische Staaten auch noch so sehr dabei interessirt und dazu berechtigt sind, die „Belästigungen des Sundzolls" wenigstens auf den tractatenmäßigen Satz zurückzuführen, so werden sie dies unterlassen müssen, wenn nicht aus Rücksicht für Dänemark, so doch aus Rücksicht für Preußen.

Dänemark hat aber nicht allein eine Kriegsflotte, die, wie wir gesehen haben, auch ferner durch die Steuer unterhalten werden soll, welche ganz Europa in Helsingör entrichtet, Dänemark besitzt auch Colonien. Wir müssen hier sogleich bekennen, wir haben nie zu Denjenigen gehört, welche es bedauern, daß Deutschland keine Colonien hat. Der alte Glaube an die Wunder des Colonialsystems ist durch die neuern Erfahrungen gar sehr erschüttert worden. Indessen wir wollen dem Verfasser zu Liebe annehmen, daß es für einen Seestaat vortheilhaft sei, Colonien zu besitzen oder zu erwerben. Es wird immer noch darauf ankommen, ob die dänischen Colonien ein Motiv werden können, Dänemark in den Zollverein aufzunehmen.

Colonien, sagt man, gewähren der Handelsmarine stete

Digitized by Google

und sichere Beschäftigung; sie machen für die Versorgung mit gewissen Bedürfnissen oder Annehmlichkeiten das Mutterland von andern Staaten unabhängig; sie verschaffen den Manufacten des Mutterlandes einen sichern Absatz, nöthigenfalls mit Ausschließung fremder Concurrenz. Es hat aber bis jetzt der deutschen Rhederei niemals an Beschäftigung in allen Welttheilen gefehlt. Sie braucht die Mitbewerbung fremder Flaggen nicht zu scheuen, und wenn auf einem oder dem andern Punkte die Begünstigung einer Nationalflagge ihr störend in den Weg tritt, so ist dagegen die erleuchtete Politik der dänischen Regierung zu rühmen, die in ihrem eignen, wohlverstandenen Interesse seit geraumer Zeit auf ihren westindischen Inseln fremde Schiffe auch zum Zwischenhandel unter gleich günstigen Bedingungen zuläßt. Es ist also nicht ganz klar, welchem Vortheile die deutsche Rhederei von dem Verkehre mit den dänischen Colonien in Zukunft entgegenzusehen hätte.

Was die Versorgung mit überseeischen Erzeugnissen betrifft, so sind die Dänen bis jetzt so wenig als andere Völker spröde gewesen, ihre Colonialproducte den Deutschen für Geld und gute Worte abzustehen. Differenzzölle aber (wenn von solchen die Rede sein sollte) würde man doch wol nicht zu den Vortheilen, sondern zu den Nachtheilen einer engern Verbindung mit einem Colonialstaate zu zählen haben. Die neue Maatschappy übrigens, zu welcher der Verfasser einzuladen scheint, indem er besonders auf die Wichtigkeit von Tranquebar hinweist, würde wenigstens ein freies Feld vorfinden, da die Lebensdauer der dänisch-asiatischen Compagnie (die alle paar Jahre eine Ladung Thee aus Ostindien kommen ließ) mit dem 1. Mai 1843 erlischt. Was endlich den Absatz deutscher Manufacturen anlangt, so möchte man fragen, sind es die 50,000 Einwohner von Island, oder die 5000 auf Grönland, oder die 50,000 (darunter 37,000 Sklaven) auf den Antillen, oder die 30,000 an der Küste von Guinea (wenn diese Niederlassung nicht, wie es heißt, aufgege-

Digitized by Google

ben werden soll, weil sie mit dem Aufhören des Sklavenhandels ihre Bedeutung verliert), oder sind es die 30,000 Bewohner des „dänischen Asiens," auf deren Kauflust die deutsche Industrie vertröstet werden soll?

Auch von dieser Seite her betrachtet will es uns durchaus nicht gelingen, irgend einen Vortheil zu entdecken, welcher dem deutschen Zollverein aus der Verbindung mit dem dänischen Staat entspringen könnte. Wohl aber würde Dänemark namhafter Vortheile sich zu rühmen haben, wenn der deutsche Zollverein sich jemals entschließen könnte, die Kosten für die Bewachung von zwei Drittheilen der dänischen Seegrenze zu übernehmen, und dazu noch das Gewicht seines politischen Ansehens in die unstät schwankende Wagschaale des dänischen Sundzolls zu werfen. Auch verbirgt der Verfasser nicht, daß er den politischen Vortheil für Dänemark sehr hoch anschlägt und daß er die dänische Neutralität im Fall eines Seekrieges nur durch die Verbindung mit Deutschland einigermaßen gesichert hält.

Wie aber kann der Verfasser meinen, daß Deutschland sich zu Opfern und zu Bemühungen entschließen werde, denen von dänischer Seite gar keine nennenswerthe Gegenleistung entspricht? Offenbar hält er es nur dann für möglich, wenn Dänemark im engen Verein mit den beiden östlichen Hansestädten auftritt. Was Dänemark für sich allein nimmermehr vermöchte, dazu sollen die Hansestädte ihm behülflich sein; auch sollen sie ihren eignen Vortheil dabei wahrnehmen. „Die Hansestädte (so heißt es wörtlich) haben durch ein Zollsystem in Verbindung mit Dänemark ein Mittel in den Händen, den preußischen Zollstaaten Hemmungen für ihren Trafic in den Weg zu legen und dadurch den Wunsch jener Staaten, den dänisch-hanseatischen Zollverband mit sich zu vereinigen, auf's höchste zu steigern, und sich dadurch möglichst günstige Bedingungen zu verschaffen; ein Umstand, der von hoher Wichtigkeit ist."

Als Deutsche müssen wir sagen, es ist eine perfide Politik,

Digitized by Google

die hier den Hanseſtädten angeſonnen wird. Als Hanseaten (und warum ſollten dieſe Zeilen ihren hanſeatiſchen Urſprung verleugnen?) dürfen wir hinzufügen: wann haben denn die Städte ſo uneingedenk ihrer Verpflichtung, ſo gleichgültig gegen ihre Beziehungen zu dem gemeinſamen Vaterlande ſich gezeigt, daß man ihnen zutrauen könnte, ſie würden einem undeutſchen Intereſſe fröhnen, ſich dazu hergeben, dem Verkehre verbrüderter Stämme muthwillige Schwierigkeiten in den Weg zu werfen? Sie waren unter den Erſten als es galt, Gut und Blut einzuſetzen für die deutſche Sache. Sie ſind bereit, daſſelbe zu thun, wenn wieder eine Zeit der Prüfung über uns hereinbrechen ſollte.

Doch der Verfaſſer wird einlenken; er wird verſichern, nichts Undeutſches wolle er den Städten zumuthen; das endliche Ziel ſei ein allgemein deutſches, und Alles werde am Ende in Freude, Wohlgefallen und Eintracht ſich auflöſen. Darüber ſcheint er uns im Irrthume zu ſein. Aber wenn man auch zugeben wollte, daß das Ziel an und für ſich kein undeutſches ſei, was ſoll man zu der Wahl der Mittel ſagen? Etwa, daß es ſich nur um eine vorübergehende Ausübung unbeſtreitbarer Souverainetätsrechte handle, ganz in demſelben Sinne, wie ſie von den Vereinsſtaaten zur Zeit gegen die Städte in Anwendung gebracht werde? Das wäre zu wenig geſagt. Denn die Vereinsſtaaten haben gegen die Intereſſen der Hanſeſtädte nichts unternommen, was nicht aus dem Handelsſyſteme des Zollvereins mit Nothwendigkeit hervorgeht, nichts, was auf die Abſicht irgend eines Zwanges hindeutete, nichts, was nicht Andere in derſelben Art träfe. Das Ungünſtigſte, was ſich anführen ließe, die indirecte Begünſtigung holländiſcher Zucker (die, ſofern ſie auf dem holländiſchen Prämienſyſtem beruht, auch durch die mit Hamburg ausgewechſelte Convention nicht beſeitigt iſt), trifft wol in gleichem Maße, wenn nicht ſchwerer, die Intereſſen preußiſcher Unterthanen. Dagegen ſollen die Städte etwas unternehmen, was ihrem Handels-

Digitized by Google

systeme gradezu widerspricht, sie sollen „dem Trafic Hemmungen in den Weg legen."

Die Möglichkeit des Gedankens basirt sich auf die traurige Wahrnehmung, daß in Deutschland die Ansicht, oder doch die Praxis zu bestehen scheint, es könne in Bezug auf Verkehrsanordnungen jeder Bundesstaat nach Belieben den andern als Ausland betrachten. In solcher Praxis nun sollen die Hansestädte gemeinsame Sache machen — mit welchem Staate? mit Dänemark.

Jede Erinnerung der Vergangenheit, jedes Bewußtsein der Gegenwart müßte ausgelöscht werden, wenn die Städte sich mit solchem Vorschlage befreunden könnten. Lassen wir die Vergangenheit ruhen. Aber, um beim Nächsten stehen zu bleiben, sind denn nicht jüngst vom Standpunkte dänischer Staatsinteressen aus die beiden, durch das Gebiet des Bundesstaats Holstein getrennten, Bundesstädte recht empfindlich als Ausland behandelt worden? Die Angelegenheit des neuen Transitzolles, die nicht allein als deutsche, sondern als europäische Frage lebhaftes Interesse fand, ist durch einen Staatsvertrag (Kopenhagen, 8. Jul. 1840) vorläufig geordnet worden. Wir stellen nicht in Abrede, daß unter obwaltenden Umständen diese einstweilige Ausgleichung das Beste gewesen sein wird. Aber es wird erlaubt sein, sich zu vergegenwärtigen, worin dieses unter Umständen Beste wesentlich besteht. Die Principfrage ist nicht entschieden, die Verfolgung der Rechtsansprüche ist für die Dauer des Vertrags (28 Jahre) durch gegenseitige Übereinkunft eingestellt, die beiderseitigen Gerechtsame sind vorbehalten. Eine Reihe von Artikeln, die besonders hoch besteuert waren, deren Quantum übrigens kaum ein Zehntheil des überhaupt belasteten Verkehrs ausmachen dürfte, sind vom Transitzoll befreit*). Als eine Hauptsache

*) Übrigens haben Diejenigen Recht behalten, welche voraussagten, daß der neue Transitzoll in finanzieller Hinsicht kein glänzendes Resultat liefern werde. Die Bruttoeinnahme war, nach des Verfassers Angabe, für 1839 von

scheint man in den Städten die erfolgte Zusage der Erleichterung der Controle, der Entfernung jeder unnöthigen Verzögerung oder Weitläuftigkeit betrachtet zu haben, weil es eben in unserm Deutschland einer solchen Stipulation auch unter Nachbarstaaten, unter Bundesstaaten, noch bedarf. Die Herstellung einer neuen Kunststraße, und die Verbesserung der alten, sprüchwörtlich schlechten Frachtstraße zwischen Hamburg und Lübeck ist zugesichert. Die Concession zu einer Eisenbahn war nicht zu erlangen; wohl aber ist seitdem die Concession für eine Eisenbahn von Kiel nach Altona erfolgt. So wird also das vollkommenste Communicationsmittel der kürzesten, der naturgemäßen, der ältesten Verbindungsstraße zwischen der Nordsee und Ostsee zur Zeit noch vorenthalten.

Ein Vertrag zwischen der Krone Dänemark und der freien Stadt Lübeck, von demselben Datum, stellt eine Erleichterung und Beschleunigung, zugleich aber eine entsprechende Zollerhebung für die Stecknitzschiffahrt in Aussicht. Ein dritter Vertrag (Hamburg, 5. Sept. 1840) setzt an die Stelle eines unerträglichen, factischen Zustandes einen durch den Anschluß hamburgischer Enclaven an den holsteinischen Zollverband rechtlich bestimmten. Wie man dieses Abkommen auch betrachten mag, schwerlich wird man darin eine nahe Anbahnung gemeinsamer Zwangsmaßregeln gegen die Handelsinteressen anderer deutscher Staaten entdecken.

Andere haben dem Verfasser gesagt, sein Entwurf sei eine Chimäre. Wir wollen ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, auch Dasjenige hervorzuheben, was in seinen Speculationen als Anknüpfungspunct für haltbare Ideen dienen mag.

Hamburg nach Lübeck 34,000 Mark, von Lübeck nach Hamburg 13,000 Mark. Durch diese Ziffern wird eine Verminderung des Transports in der ersten Richtung von 31 Proc., in der zweiten Richtung (nach Abzug der zollfreien nordischen Artikel) von 40 Proc., im Vergleich mit dem Verkehr des Jahres 1837, nachgewiesen.

Digitized by Google

Nicht chimärisch ist es, wenn er versichert, es sei für die Hansestädte nicht wünschenswerth, in ihrer gegenwärtigen Isolirung zu verharren. Eben so wenig chimärisch ist es, wenn er glaubt, es habe keinen Sinn, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge von einem directen Anschluß der Städte an den deutschen Zollverein zu reden. So lang andere Staaten dazwischen liegen, so lang die übrigen Küstenstaaten nicht beigetreten sind, kann überall nicht vom Anschluß der Städte die Rede sein.

Dazu kommt, daß von Seiten des deutschen Zollvereins (wir reden nicht von einigen voreiligen Schriftstellern, sondern von den einsichtigen und umsichtigen Männern, welche die Handelspolitik des Zollvereins leiten), der Anschluß der Städte bis jetzt auch nicht von fern zur Sprache gebracht ist. Wie sollte man auch von Seiten des Zollvereins wünschen, daß die Städte auf ihre Handelsfreiheit verzichten, um, ausgerüstet wie sie mit den Mitteln dazu sind, angetrieben von dem Interesse der Selbsterhaltung, wie sie dann sein würden, eine gewaltige Steigerung der Fabrikation hervorzurufen, deren Concurrenz für manche blühende Unternehmung des Binnenlandes leicht erdrückend werden könnte? Aber wenn erst alle Hemmnisse beseitigt, wenn die Küstenstaaten alle zum Beitritt bereit sind; wenn auch Holstein, ein deutsches Land, mit deutschen Ländern in einem Zollsysteme verbunden ist: dann wird es an der Zeit sein, zu erwägen, unter welchen Formen die Hansestädte nicht als überwältigende Fabrikplätze dominiren (wie dies nach Annahme des Zolltarifs der Fall sein müßte), sondern unter welchen Formen sie als Freihäfen Deutschlands ihre schönste und naturtreue Bestimmung erfüllen sollen.

Jede Einrichtung dieser Art, wie schonend die Formen sein mögen, wird etwas Beengendes haben im Contrast mit der ganz freien Bewegung, wo das Connoissement den Beweis, wo Treu und Glauben (bei mangelnder Versuchung zum Umgehen der fast nominellen Abgabe) die Controle bildet. Sei's denn ein Opfer,

Digitized by Google

was in einer oder der andern Beziehung den Städten dereinst bevorsteht; wenn das gesammte Vaterland es erheischt, werden sie es nicht scheuen. Bis dahin werden sie das Hoheitsrecht der von jedem äußern Einfluß unabhängigen Selbstbesteuerung, wie sie bisher gethan, im Sinne der freiesten innern Handelsbewegung ausüben. Nicht einem einzelnen Staat, nicht einem Verband einzelner Staaten, nur dem ganzen Deutschland werden sie willig auch jenes (in seiner Unumschränktheit kostbare) Hoheitsrecht unterordnen.

Ob aber und wann die Küstenstaaten sich entschließen werden, einen hohen Zolltarif anzunehmen, während ein mäßiger sich ihnen aus mancher staatswirthschaftlichen Rücksicht zu empfehlen scheint; ob zu ihren Gunsten der Zollverein seinen Tarif in wesentlichen Sätzen ermäßigen wird; wer möchte darüber eine bestimmte Vermuthung äußern? Genug, daß immer allgemeiner, daß mit jedem Tage kräftiger die Zuversicht sich geltend macht: Deutschland wird, es muß Eins werden, wie in moralischer, so in materieller Hinsicht. Genug, daß, auch während noch nicht Ein Zollsystem alle umschlingt, gar manche gemeinschaftliche Interessen zum Verständniß einladen, daß für Handelsverträge die dringende Aufforderung vorliegt.

Man denke doch an die Schiffahrt im weitesten Umfang. Man braucht nicht Retorsionsmaßregeln überhaupt, viel weniger braucht man ihnen ungeprüft das Wort zu reden, um es natürlich und löblich zu finden, daß die Rhederei der einzelnen Küstenstaaten, wenn sie gleich unleugbar auch bei vereinzelten Anstrengungen sich hebt, nach einem gemeinsamen Halt, nach einem politischen Mittelpunct sich sehnt. Auch die gemeinsame Vertretung deutscher Interessen in überseeischen Ländern wäre zweckmäßig, und es ist dies von Seiten der Hansestädte, deren Einzelnamen dort einen guten Klang haben, mindestens ein uneigennütziger Wunsch. Und nun vollends die Flußschiffahrt! Wann wird die Elbschiffahrtcommission wieder zusammentreten, um

Digitized by Google

nicht allein den Uferstaaten ansehnlichen Zollertrag, sondern auch dem Strome sein Recht, dem Fahrwasser die hochbenöthigte Verbesserung, dem Verkehre die entsprechenden Erleichterungen zu verschaffen? Wie lange soll der stader Elbzoll den positiven Bestimmungen des europäischen Völkerrechts, wie lange dem klaren Wortlaut der Tractate sich entziehen? Wann wird für den verwahrlosten Weserstrom Etwas durch gemeinsamen Beschluß geschehen, damit er den Anfoderungen genügen möge, welche in der That nicht nur die Uferstaaten, sondern auch Millionen unserer Brüder in Süddeutschland an seine Dienste zu stellen berechtigt sind? Vieles ist versucht, noch Mehres ist im Werk, um eine feindselige Handelspolitik an den Mündungen des Rheins zu entwaffnen; in gewandter Benutzung einer politischen Conjunctur hat Österreich mit Rußland über die Donaumündungen sich verständigt; die Weser seufzt noch immer nach der Entscheidung ihres Schicksals, die doch ausschließlich nur in deutschen Händen liegt.

Solche Verständigungen sind, was uns jetzt vor Allem Noth thut. Sie können den Mangel eines gemeinsamen Zollsystems weniger fühlbar machen und die Erreichung desselben anbahnen. Solche Maßregeln sind in ihrer Art im Frieden zur Abwehrung eines Angriffes von außen, und im Kriegsfall zur Abwendung eines Nationalunglückes eben so wichtig, als wohlverabredete Rüstungen und schlagfertige Heere. Einheit der Interessen schafft Eintracht der Volksstämme, und Eintracht schafft Macht.

Der deutsche Bund, als solcher, wird zusammengehalten durch die Interessen, welche die Mehrzahl der Regierungen übereinstimmend vermittelst desselben zu erreichen sucht. Ein Völkerbund muß, um untrennbar zu sein, auf Einheit der Volksinteressen sich stützen. Und wer sieht nicht, daß im Fall eines Krieges der Völkerbund sich bewähren muß? Eben so wenig kann man sich verbergen, daß die Völker nach politischen Garantien ausblicken, die sie zur Zeit in dem Systeme des Bundes (als ei-

Digitized by Google

nes Bundes der Regierungen) noch vermissen. Die größte Übereinstimmung zwischen der Regierung und den Regierten in einem einzelnen Staate könnte das Bedenkliche dieses Verhältnisses nicht ganz und nicht auf die Dauer unbemerkbar machen. Ein Glück, daß zur Vermittelung die sorgsame Pflege, die planmäßige Einigung der materiellen Interessen sich darbietet. In dieser Beziehung ist kein Streben und Gegenstreben, kein Misverständniß zwischen Regierungen und Völkern denkbar. Kein streitiges Princip ist dadurch gefährdet, keine Hoffnung dadurch niedergeschlagen.

Gewiß, es ist sehr viel werth, daß wir im Augenblick auf dieser Bahn uns befinden. Aber es ist auch sehr wichtig, daß wir darauf fortgehen. Und eine große Zukunft liegt vor uns, wenn wir sie nur begreifen, wenn wir uns nur nicht irren lassen. Sind erst die Küstenstaaten des „deutschen Meeres" auf dem Puncte der Verständigung mit den deutschen Zollvereinsstaaten angelangt, so wird die deutsche Handelsmarine ihre Interessen nicht in so vielen vereinzelten Tractaten, sondern als Einheit dem Auslande gegenüber zum ersten Male vertreten sehen. Dann wird es Zeit sein, von einer deutschen Kriegsflotte zu reden. Bis dahin würden zersplitterte Kräfte in vergeblichen Anstrengungen sich abmühen. Tocqueville sagt — und sein Landsmann La Nourais hat es so eben uns Deutschen in's Gedächtniß gerufen: „Das Nachdenken erweist und die Erfahrung zeigt, daß es keine dauernde Handelsmacht gibt, wenn sie nicht im Nothfall einer Kriegsmacht sich verbünden kann." Wohl, laßt nur die Handelsmacht erst als Einheit dastehen; das Übrige wird sich finden. Dies führt uns denn zu einer letzten Betrachtung.

Wir wollen nicht von Holland reden. Was aus dem Verhältnisse Deutschlands zu Holland werden kann, wenn es freundlich und beiderseitig unbefangen sich gestaltet, das schwebt auf Jedermanns Lippe. Sondern wir denken an ein weniger beachtetes Verhältniß, wir knüpfen unsere Gedanken an die Erwägun-

Digitized by Google

gen der kleinen Schrift, mit deren nächster Tendenz wir uns nicht befreunden konnten.

Nicht chimärisch ist es, wenn ihr Verfasser die Zukunft Dänemarks nicht allein durch seine innere Staatsentwickelung, sondern auch durch seine auswärtigen Beziehungen wesentlich bedingt hält. Nur darin scheint er uns zu irren, wenn er zunächst auf ein Bündniß mit Deutschland, vollends unter solchen Bedingungen hindeutet. Nicht so weit außer seinem unmittelbaren Bereiche scheint uns der Punct zu liegen, der für Dänemarks Weltstellung der Wendepunct werden kann. Die Natur und die Geschichte scheint ihm eine Richtung nahe gelegt zu haben, durch welche sein eigenster Beruf vollführt, das Ideal seines Volksgeistes erstrebt, und sein Bündniß den andern Völkern, auch den Deutschen, höchst wünschenswerth werden mag. Warum hat der Verfasser davon geschwiegen?

„Sieh, die Flagg' auf dem Maste, nach Norden sie weist, und ein Großes bereitet sich dort:
„Du folge der Winde, der himmlischen, Gang, du steure zum heimischen Nord!"

Ereignisse, die in der Hand keines Sterblichen liegen, können es so fügen, daß das deutsche Gebiet der Krone Dänemark vom dänischen Staatsverband ausscheidet. Wie dann? Ein festes Anschließen, ein inniges politisches Bündniß mit den beiden andern skandinavischen Stämmen würde dann politisches Bedürfniß sein. Und es könnte nichts Verletzendes für den Nationalgeist haben. Denn wie die Schweden und Norweger in kräftiger Haltung neben den Staaten stehen, die an äußern Mitteln und Volkszahl ihnen überlegen sind, so spricht das Zeugniß der Geschichte laut für das dänische Volk, ein Seevolk, tüchtig wie wenige, vielgeprüft und erprobt an Muth und Thatkraft, begeistert und ausdauernd auch im Unglück und im Kampfe mit der Übermacht. Ein solches Bündniß aber würde den drei skandinavischen Reichen, Angesichts des ganzen Europa, eine politische

Digitized by Google

Macht verleihen, die für das Gleichgewicht der Staaten unsers Welttheils vom heilsamsten Einflusse wäre. Man denke sich die Straße des Sundes, bewacht durch verbrüderte Reiche.

Sucht man eine Vormauer gegen Rußland? Hier ist sie; und zwar eine solche, die den Staaten, welche sie bilden, eine sonst leicht gefährdete Selbstständigkeit zusichert. Eine getrennte Politik der skandinavischen Reiche wäre nicht allein für sie selbst, sondern für Europa ein Unglück. Dieser Gesichtspunct ist nicht neu, wenigstens nicht für uns Deutsche. Ernst Moritz Arndt, auf jenen letzten Blättern seiner Erinnerungen, die an politischen Wahrheiten so reich sind, hat ihn bündig so bezeichnet: „Nach der Lage und Stellung der Stämme und Völker zu einander ist Rußland im Osten Deutschlands natürlicher Feind, die skandinavischen Völker sind unsere natürlichen Freunde und Bundesgenossen. Preußen müßte also, wenn Europa jetzt in von der Natur gegebenen und gebotenen Verhältnissen und Verbindungen stände, da wir Deutsche keine Flotten haben, Skandinaviens Bundesgenosse sein. Durch diese politische Verbindung, welche alle verständige Nothwendigkeiten gebieten, sollte den Russen, die nicht blos mit leisen Winken nach dem Muster Napoleon's auf eine slawonische Weltherrschaft anspielen, die Lust, nach Westen vorzudringen, wol theuer zu stehen kommen, ja es könnte gelegentlich recht sehr in seinem äußersten Ostseewinkel eingesperrt werden."

Liegt dies nun Alles in ferner Zukunft, das einige Deutschland, wie das einige Skandinavien? Aber die Zeit geht mit raschen Schritten. Beim Beginne des vorigen Jahrs, wer dachte da die Möglichkeit einer russisch-französischen Allianz? Seit zehn Monaten ist das Bündniß, das den Frieden Europas sicherte, das Bündniß Englands und Frankreichs, zerrissen; Frankreich steht isolirt; Deutschland fühlt sich zwischen Rußland und Frankreich gedrängt, zwischen zwei Mächte, deren erobernde Politik, deren Nichtachtung fremder Nationalität der ganze Verlauf der neuern Geschichte darlegt. Ob nun die beiden sich die Hand

Digitized by Google

bieten, oder ob die Vermuthungen, die Zeitungsgerüchte täuschen: genug, die Gefahr ist da; sie kann sich wiederholen.

Sie bedroht zumeist uns Deutsche, nicht nur wegen unserer geographischen Lage, sondern auch weil unser innerstes Wesen dem russischen nicht weniger als dem französischen Einflusse widerstrebt. Unsere Selbstständigkeit, unsere Nationalität, Alles, was wir im Herzen tragen, wenn es auch nicht in den Urkunden unsers öffentlichen Rechts geschrieben steht, die ganze Zukunft des deutschen Namens können wir nur durch Einigkeit retten. Und, bis die Formen der politischen Einheit, bis die Garantien politischer Freiheit schärfer ausgeprägt sein werden, so lange wird unsere Einigkeit am festesten wurzeln in der Einheit der materiellen Interessen.

Digitized by Google

Bei Fr. Frommann in Jena ist kürzlich erschienen:

Lornsen, Uwe, die Unionsverfassung Dänemarks und Schleswigholsteins, eine geschichtlich staatsrechtliche und politische Erörterung. Nach des Verf. Tode herausgegeben von Dr. G. Beseler. gr. 8. 1841. 2 Thlr. 10 sgr. oder 4 fl. 12 Xr.

Dieses Werk weist historisch und staatsrechtlich die Untrennbarkeit Schleswigs und Holsteins und deren sonstige politische Rechte nach und hat in den Herzogthümern wie in Dänemark das größte Aufsehen erregt.

(**Seebeck**, Moritz), einige Worte zur Verständigung über Sinn und Zweck unsres Gymnasialunterrichts. An aufrichtige Schulfreunde gerichtet von einem Schulmanne. gr. 8. 1841. geheftet 10 sgr. oder 36 Xr.

Früher:

Gülich, G. v., geschichtliche Darstellung des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaus der bedeutendsten handeltreibenden Staaten unsrer Zeit. 2 Bände mit vielen Tabellen. gr. 8. 1830. 4 Thlr. oder 7 fl. 12 Xr.

Staatsarchiv, deutsches, I. Band. Actenmäßige Darlegung der Ergebnisse des wider den Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Hannover eingeleiteten Untersuchungsverfahrens, vom Defensor des Magistrats, Bürgermeister Stüve in Osnabrück. gr. 8. 1840. geh. 1 Thlr. 10 sgr. oder 2 fl. 24 Xr.

(Der zweite Band erscheint nächstens.)

Stüve, Dr. C., über die gegenwärtige Lage des Königreichs Hannover. gr. 8. 1831. geh. 10 sgr. oder 36 Xr.

Vertheidigung des Staatsgrundgesetzes für das Königreich Hannover, herausgegeben von Dahlmann. gr. 8. 1838. geheftet 1 Thlr. oder 1 fl. 48 Xr.

Digitized by Google

Digitized by Google